Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIWOCHENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ **Hoffnung für Miami Five**
Amerikanische Rechtssprechung am Pranger. Heuchelei und strafrechtlicher Manipulation. *Seite 3*

■ **Wie soll man leben ...**
Alternative Lebensart am Beispiel des Dorfes „Sieben Linden“ diskutiert *Seite 4*

■ **Der andere Widerstand**
Der Kreisauer Kreis und Helmuth James von Moltke. Eine neue kenntnisreiche Biographie. *Seite 11*

■ **Himmelfahrt Augustusplatz**
Die erste „Jedermann-Friedensfahrt“ startet im Mai. Mit dabei Sport-Legenden und Nachwuchs *Seite 13*

7
2007
1,30 Euro
15. Jahrgang
7. April
www.
leipzigs-neue.de
Nur 1 Euro
im Abo

Auf Papas Schultern sind wir die Größten ...

... beim Ostermarsch !

FOTO GERD EILTZER

Wir Unbequemen ...

Es ist 2007 unser Motto: „Kriege beenden statt Kriege vorbereiten – Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Für eine Welt ohne Krieg, Militär und Gewalt!“ Die nationalen Ostermärsche werden die EU Präsidentschaft der Bundesregierung kritisch begleiten, die zunehmende Militarisierung in Europa kritisieren und auch auf die Themen des G8 Gipfels Anfang Juni in Heiligendamm aufmerksam machen.

Die Teilnehmer aus der Leipziger Region, dazu gehören die Aktionsgemeinschaft „Flughafen natofrei“ und die Friedensgruppen von attac, treffen sich am Ostersonntag „12 Uhr mittags“ auf dem Rathausplatz in Schkeuditz. Unser Friedensmarsch beginnt dann eine Stunde später auf der Staatsstraße entlang des Flughafengeländes. Wir erwarten einige hundert Demonstranten. Wenn es mehr werden, ist es noch besser. Diese durch unser Organisationsbüro Ostermarsch e. V. angemeldete Route ist kein Zufall. Wir alle haben das Recht und auch die Pflicht, einer Entwicklung unseres zivilen Flughafens zu einer für den Irak-, Afghanistan- und demnächst (?) Irankrieg genutzten Startbahn friedlich aber auch entschieden entgegenzutreten. Die Investitionen auf dem Schkeuditzer Airport werden durch unser aller Steueraufkommen finanziert. Versprochen wurden viele existenzsichernde Arbeitsplätze, gehalten wurde wenig. Die Verwaltungsrichter haben 2006 den Ausbau des Flughafens zum Frachtdrehkreuz genehmigt, aber angemahnt, weitere Flüge insbesondere von null bis fünf Uhr, wie „Passagierverkehr und nicht eilige Frachtflüge“, nur unter besonderen Voraussetzungen zuzulassen. Jetzt argumentieren Gutachter, dass die Erhöhung des Nachtanteils unbedingt und uneingeschränkt stattfinden müsse. Gleichzeitig wird die zentrale Rolle des Standortes für den Militärflugverkehr erwähnt. Noch im November 2006 verneinte die Bundesregierung eine Nutzung durch das Militär. Alles offenbar inzwischen Schall und Rauch? Wir werden nicht aufhören, unbequeme Fragen zu stellen an die Abgeordneten in bundes-, landes- und kommunaler Verantwortung. Darüber wird erneut und konkret während des diesjährigen Leipziger Ostermarsches zu reden sein. Ich engagiere mich seit Jahren für diese Ziele. Keiner soll einmal sagen, davon habe ich nichts gewusst und nie etwas gehört.

• MARGITTA FRENZEL

Auf ein Wort bitte

MARTIN LESCH
VERDI

Von der Maas bis an die Memel

Großdeutschland in den Grenzen von 1937 lag eher nicht den Überlegungen zugrunde, den neuen, durch Fusion der früheren Landesbezirke Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen entstandenen ver.di-Landesbezirk ausgerechnet „Mitteldeutschland" zu nennen. Für eine knappe Mehrheit von 78 der 145 Delegierten der Landesbezirkskonferenz am 17. März 2007 in Leipzig war es eher eine irrationale Abneigung, in irgendeiner Weise die Himmelsrichtung „Ost" im neuen Namen zu führen, sei es nun in Form von „Südost" oder „Mitte-Ost". Denn viele dieser KollegInnen befürchten, dass mit „Ost" im Namen auf ewig Ostabschläge in den Tarifentgelten vorprogrammiert sein könnten. Dabei kümmert es sie offensichtlich wenig, was z. B. Zittauer oder Görlitzer ver.di-Mitglieder wohl empfinden mögen, wenn sie nun dem Landesbezirk „Mitteldeutschland" zugerechnet werden.

Erst recht die Gewerkschafter im Südwesten Polens, welche sich vermutlich besorgt fragen, ob ihre Woiwodschaften bei ver.di nun schon dem Osten Deutschlands zugerechnet werden. Und in NPD-Kreisen wird man sich ins Fäustchen lachen, dass nun auch ver.di diese für diese Region mehr als missverständliche Bezeichnung verwenden möchte. Mitteldeutschland sei als Regionsbezeichnung inzwischen etabliert. Nicht zuletzt der Mitteldeutsche Rundfunk habe dazu beigetragen, wurde argumentiert. Zum Glück hat bei der Namensgebung des neuen Landesbezirks nicht die Landesbezirkskonferenz, sondern der Gewerkschaftsrat als oberstes Beschlussorgan zwischen den Bundeskongressen das letzte Wort, weil, wie an diesem peinlichen Vorgang nur zu gut erkennbar, landesbezirksübergreifende Gesichtspunkte mit zu berücksichtigen sind. Es bleibt also zu hoffen, dass der Gewerkschaftsrat in seiner Tagung vom 23.-25. April 2007 dem „mitteldeutschen" Landesbezirk einen seiner gegenwärtigen geographischen Lage entsprechenden Namen verpasst.

Ohne Gegenkandidatur wurde Thomas Voss mit 60,4 % zum Leiter des neuen Landesbezirks gewählt. Seine beiden Stellvertreterinnen Viola Doktor-Wolf und Kerstin Raue fanden bei den Delegierten mit 72,9 bzw. 88 % offensichtlich deutlich mehr Vertrauen. In ihren Vorstellungsreden wurden von den Mitgliedern der Landesbezirksleitung teilweise widersprüchliche Aussagen getroffen: Einerseits soll die Betreuung der Mitglieder, Vertrauensleute, Betriebs- und Personalräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen deutlich verbessert, andererseits soll aber auch in beträchtlichem Umfang hauptamtliches Personal abgebaut werden. Dies erinnert an die Situation bei der Telekom, deren Management davon träumt, mit Personalabbau und Lohndumping die Servicequalität verbessern zu können. Während jedoch bei der Telekom die Gewerkschaft ver.di die Beschäftigten gegen die Zumutungen des Managements in Schutz zu nehmen versucht und die negativen Folgen der geplanten Ausgliederungen durch notfalls durch Streiks erkämpfte tarifliche Regelungen verhindern will, haben die ver.di-Beschäftigten wegen ihrer eigenen gewerkschaftspolitischen Abstinenz derzeit noch keine starke gewerkschaftliche Kraft.

Und die Betriebsräte bei ver.di dürfen, wie in allen anderen Betrieben auch, aufgrund der gesetzlichen Friedenspflicht nicht zu Maßnahmen des Arbeitskampfes aufrufen oder gar greifen. So könnte es geschehen, dass sich der Arbeitgeber ver.di im neuen Landesbezirk spätestens Ende nächsten Jahres mit seinem Personalabbau-Konzept relativ leicht durchsetzt. Ob dadurch die Betreuuung der Mitglieder und Funktionäre in den Betrieben besser wird, ist wohl mehr als zweifelhaft.

Staatszirkus – auf „europäisch"

Für einige Stunden haben Merkel und Co. die Unterschrift unter die „Römischen Verträge" missbraucht, um die „Europa-Strategie" mächtiger Finanzbosse voranzutreiben. In einer Schwatzrunde bei Christiansen im März war der konzentrierte Schwachsinn von jedermann (der es aushielt) wieder am Bildschirm zu besichtigen. Michael Glos raunzte den engagierten Vertreter von Attac an, ob er die Lizenz habe, Unsinn zu erzählen? Meinte Glos mit dem „Er" etwa sich selbst?
Frau Sabine fragte: „Europas Geburtstag – ein Grund zum Feiern?" Nur, welches Europa wurde 50? Seine Geburt erfolgte 1957 – dank Adenauer und de Gaulle. Ging es bei den „Römischen Verträgen" nicht um einige Staaten, deren Einwohner eine Minderheit in Europa waren? Gehörten Moskau, Prag und Dresden damals nicht zu „Europa"? Waren sie noch zu „befreien" – noch besser heim zu holen? Wohin? In den Kapitalismus?
„Europa macht den Bürgern Spaß", trompetete Christiansen. Was ist da wohl gemeint, wenn sie etwas später feststellt: „Europa ist ein bürokratisches Monster."
Beispiele lieferten ein Schäfermeister und ein Bauunternehmer. Minister Glos freute sich: „Durch Europa sind wir die stärkste Wirtschaftsmacht geworden." Zu fragen ist: Wer ist Wir? Wer verkörpert die Wirtschaftsmacht?
Wollte Glos bestätigen, was Lenin vor 90 Jahren „Über die Vereinigten Staaten von Europa" geschrieben hat. Der Vorzeige-"Europäer" und 68-er Revoluzzer Cohn-Bendit definierte:"Europa ist die Verbindung von Staaten und Menschen." Über die „GASPROM - Stragegie" redete er wie Max Mütze. Billiglohnarbeiter aus Osteuropa gibt es für ihn nicht. Deutsche Bauern sind Subventionsbetrüger. Europa-Abgeordnete seines Schlages dürften wohl kaum ihr Brot verdienen,. müssten sie ehrlich arbeiten.
Am Schluss der Talk-Runde fragte Sabine Christiansen:"Wo soll Europa einmal enden?" War nun doch wieder der alte Kontinent gemeint? Glos schwadronierte: „Die Türkei dürfe nicht rein." Cohn -Bendit tröstete: „Dass die Aufnahme noch lange dauern könnte."
Die Kanzlerin, sie war diesmal nicht auf dem Schirm, redete dieser Tage zum gleichen Thema viel, ihre 26 Gäste stimmten meist zu oder schwiegen. Merkel hat die „Methode gefunden, mit der Europa vorangekommen ist." Nun gebar sie die Idee von der „Europa-Armee".
Sicherlich wird sich jemand finden, er muss nicht Struck heißen, der voraussagt, wie wir „Europa" auch jenseits des Hindukusch verteidigen werden. Oder auch dort, wo Schachmeister Kasparow regieren möchte. Gibt es denn da nicht schon Erfahrungen?

• HORST SCHNEIDER

Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Lothar Bisky und Dr. Barbara Höll

Lothar Bisky: »Die Chance, die wir haben, kommt nie wieder. Also nutzen wir sie!«

**Am 17. April 2007
um 19.30 Uhr
Aula Volkshochschule
Löhrstraße 4-7**

15 Jahre und kein bisschen leiser

Geschichtlich gesehen ist dieser Zeitraum nicht viel, aber gemessen an den vielen kleinen und großen Leistungen der einzelnen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Senioren der PDS.Leipzig kommt doch sehr viel zusammen. Es begann mit Zusammenfinden und Selbstbehauptung 1992 und wird derzeit mit viel Engagement und Ausstrahlung weitergeführt. Die AG Senioren ist inzwischen zu einem festen Bestandteil der Politik geworden. Das konnten wir bei unserer „Geburtstagsrunde" Ende März mit Stolz feststellen.
Nach wie vor gilt unser Bemühen, einer Verschlechterung sozialer Bedingungen der Rentner entgegenzuwirken. Stichpunkte sind da Gesundheitsreform, Rentengerechtigkeit. Stark beunruhigt sind wir auf Grund unserer Lebenserfahrzung von dem weiteren Erstarken rechtsradikaler Parteien.
Ein wichtiges Anliegen der „Frühergeborenen" ist aber auch, das Gespräch mit den „Nachgeborenen" nicht abreißen zu lassen. Seit Jahren gibt es intensive Kontakte zur AG „Junge Genossen". Gemeinsam fuhren wir beispielsweise zum ANTIFA-Treffen nach Mala Upa.
Unser Leipziger Jubiläumstreffen macht Mut und gab Kraft für die nicht leichter werdenednen Aufgaben.

• GERDA UHLIG

Lafontaine schwor WASG – Gysi die Linkspartei auf Fusion ein

Gregor Gysi, der wie nur wenige den Prozess des Übergangs von der SED zur SED/PDS, weiter zur PDS bis schließlich zur Linkspartei.PDS als Akteur aktiv gestaltet hatte, riss in seiner Rede auch die letzten unsicheren Delegierten des Linksparteitages mit.
So werden 60.000 Mitglieder der Linkspartei.PDS und die 12.000 Mitglieder der WASG erstmalig eine gesamtdeutsche Partei auf Augenhöhe durch Fusion entstehen lassen. Deshalb geht es auf dem Vereinigungsparteitag ab 17. Juni, an dem die letzte Tagung des 10. Parteitages Die Linke.PDS und gleichzeitig der 1. Parteitages Die Linke. stattfindet, nicht mehr um Kompromisse. Dann müssen wir gemeinsam arbeiten Ab 2008 gilt: 90 Prozent Politik und 10 Prozent Selbstbeschäftigung. Die Älteren aus dem Osten bringen in die gemeinsame Partei die Erfahrungen aus zwei Gesellschaftssystemen ein.

Aus einem Dortmunder Notizblock ...

Es gibt keinen Grund sich dafür zu schämen. Menschenrechte im Staatssozialismus sind einerseits ein hoher Grad an sozialen Rechten, aber Beschränkungen bei Presse-, Meinungs-, Versammlungs- und Reisefreiheit. Neben den Defiziten gehören zur DDR auch beachtliche Leistungen und Errungenschaften. Wie ein Bildungssystem ohne Ausgrenzungen von Millionen Kindern, die Förderung von Begabten und Leistungsschwachen und bessere Ausbildung in Mathematik und Naturwissenschaften. Dem steht ein einseitiges Geschichtsbild gegenüber wie heute in der BRD.
Es gab ein Recht auf Arbeit entsprechend der erworbenen Qualifikation, was auch 90% der Frauen nutzten, sowie Kindereinrichtungen, auch wenn es Beschränkungen durch ungünstige Öffnungszeiten gab. Alles war für die meisten bezahlbar. Wohnen, Wasser, Strom, Nah- und Fernverkehr, Kultur.
Die Privatisierung zielt auch auf den Entzug demokratischer Kontrolle, weshalb die Politik wieder das Primat gegenüber der Wirtschaft haben muss.
Kriege werden wieder „gewöhnlicher" zur Sicherung und Eroberung von Ressourcen, und sie befördern Terrorismus. Gysi forderte abschließend: „Nie wieder ein Deutschland ohne Linke, links von der SPD. Realismus und Träume – DIE LINKE. braucht beides.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Neue Hoffnung für die Miami Five?

Die Verteidigung beantragt ein Revisionsverfahren und Wechsel des Gerichtsortes

Der Fall der Fünf ist einer der seltensten in der amerikanischen Rechtsprechung, der sowohl zu Hause als auch in Übersee Ungerechtigkeit mit sich bringt. Wie bei der Verhandlung um die Pentagon-Dokumente in Verbindung mit dem Vietnam-Krieg leitet er sich aus einer verfehlten Außenpolitik ab, wie es sich darstellt. Um eine politische Lösung zu erzielen, wurde das Strafrecht von der Regierung manipuliert, welche beständig gegen Rechtsnormen verstieß. Die Fünf wurden nicht bestraft, weil sie gegen amerikanisches Recht verstießen, sondern weil ihre Arbeit die bloßstellt, die das taten. Durch die Unterwanderung des Terrornetzwerkes, dessen Existenz in Florida genehmigt ist, demonstrierten sie die Heuchelei von Amerikas behaupteter Opposition gegenüber dem Terrorismus ***LEONARD WEINGLASS***

Gerardo Hernández Nordelo, verurteilt am 12. 12. 2001, 2x Lebenslänglich + 15 Jahre

Ramón Labanino Salazar, verurteilt am 13. 12. 2001, Lebenslänglich + 18 Jahre

Antonio Guerrero Rodríguez, verurteilt am 27. 12. 2001, Lebenslänglich + 10 Jahre

Fernando González Llort, verurteilt am 18. 12. 2001, 19 Jahre

René González Schwerert, verurteilt am 14. 12. 2001, 15 Jahre

erfolgte keine Reaktion seitens der US-Behörden. In einer diplomatischen Note des State Departements der USA an die Interessenvertretung Kubas in Washington vom 5. November 1999 bestätigte die Regierung der USA zwar, dass „*... im Juni 1998, nach einer Serie von Attentaten und Bombendrohungen gegen cubanische Bürger und Interessen ein Team des FBI mit den cubanischen Behörden in Havanna zusammentraf. Mittelpunkt der Gespräche waren Anklagen, dass in den Vereinigten Staaten Ansässige an einer terroristischen Verschwörung im Zusammenhang mit Bombenattentaten beteiligt waren. Zu diesem Zeitpunkt tauschten die cubanischen Behörden und das FBI Beweise aus, die in Washington D. C. analysiert werden sollten.*“

Die terroristischen Exilgruppen sind von allen aufeinander folgenden Regierungen der USA geduldet und sogar organisiert worden. Auf ihr Konto kommen Sprengstoffanschläge auf Touristenbusse, Hotels und andere Einrichtungen sowie zahlreiche Gewaltaktionen gegen die kubanische Regierung und Fidel Castro.

Zwei bekannte Anführer terroristischer Zellen in Miami, Orlando Bosch und Luis Posada Carriles, waren den USA nicht nur bekannt. Sie wurden auch stillschweigend geduldet und unterstützt, wie Posada Carriles, der für eine Reihe von Bombenanschlägen auf Hotels verantwortlich war in einem Interview bekannte: „*Die CIA lehrte uns alles – alles. Sie unterrichtete uns im Gebrauch von Sprengstoff, wie man tötet, bombardiert und Bomben macht, trainierte uns in Sabotageakten. Als wir für die CIA arbeiteten, nannten sie uns Patrioten.*“

Statt jedoch mit allen Mitteln gegen diese kriminellen und völkerrechtswidrigen Aktivitäten vorzugehen, verhafteten die US-Behörden in Miami fünf Kubaner, deren Aufgabe darin bestand, die Aktivitäten dieser Terrorgruppen, deren Existenz von den offiziellen Stellen nicht zur Kenntnis genommen wird, frühzeitig aufzudecken. Ihre Tätigkeit war dabei zu keiner Zeit gegen Sicherheitsinteressen der USA gerichtet.

Trotzdem wurden als Haupt-Anklagepunkte angeführt:

- V*erschwörung, um Verbrechen gegen die USA zu verüben, indem sie wissentlich und vorsätzlich als Agenten der Republik Cuba agierten.*
- *Konspiration, um der Republik Cuba Informationen über die nationale Verteidigung der USA zu verschaffen.*
- *Konspiration zum Mord – verantwortlich für den Abschuss von zwei Flugzeugen der Terrororganisation Hermanos al Rescate.*

Diese Punkte wurden von der Verteidigung zurückgewiesen, während die übrigen 23 strafbaren Verletzungen (falsche Identitätsangaben, Nichtanmeldung als Agenten einer ausländischen Regierung u. ä.) von den Angeklagten nicht bestritten wurden.

Der Prozess, der am 27. November 2000 in Miami begann, dauerte sieben Monate. Dabei stand von vornherein fest, dass es an diesem Gerichtsort für die Angeklagten kein gerechtes Urteil geben kann. Obwohl für die angeführten Hauptanklagepunkte keine stichhaltigen Beweise erbracht werden konnten, erfolgte eine Verurteilung zu hohen Freiheitsstrafen (s. Bildunterschriften).

Gegen die Urteile wurde am Appellationsgericht in Atlanta Berufung eingelegt. Am 9. August 2005 hob ein Gremium die Urteile auf der Grundlage auf, dass sie kein faires Verfahren erhalten hatten. In der Begründung wurde ausdrücklich anerkannt, dass die von der Verteidigung erbrachten Beweise über die von Florida gegen Kuba ausgehenden Terroranschläge der Wahrheit entsprechen. Es wurde ein neues Verfahren angeordnet.

Nach Intervention des Justizministers der USA, Alberto Gonzales (früherer Berater von George W. Bush), sollten alle Richter des Bezirksgerichts Atlanta die Entscheidung vom August 2005 überprüfen. Die Anhörung dieses Einspruchs erfolgte am 14. Februar 2006 am Appellationsgericht Atlanta.

Am 9. August 2006, genau ein Jahr nach dem Beschluss, die Urteile gegen die fünf Kubaner aufzuheben, wies das Plenum desselben Gerichtshofs diese Entscheidung zurück und bestätigte die Urteile von Miami, lehnte einen neuen Prozesses ab und verwies den Fall an das Richter-Gremium zur Entscheidung über restliche Aspekte. Diese Entscheidung stellt die Verteidigung vor die schwere Alternative, den Berufungsprozess vor dem Drei-Richter-Gremium fortzusetzen oder die Revision vor dem Obersten Gerichtshof der USA zu beantragen. Die Fortsetzung vor dem Drei-Richter-Gremium hat zwar wegen der personellen Zusammensetzung die besseren Chancen, doch jede Entscheidung über eines der anhängigen Themen könnte von Neuem der Überprüfungt unterworfen werden, was den Prozess unendlich machen würde.

• HELMUT ULRICH

Weitere Informationen zu den Hintergründen des Prozesses finden Sie unter *www.miami5.de*

Antikubanische Terror-Organisationen in Miami

ALPHA 66: Gegründet von der CIA nach der Invasion in der Schweinebucht . Mitbegründer ist der kubanische Gangster Antonio Veciana. Zu den Aktionen der Gruppe gehören mehrere Attentatsversuche auf Fidel Castro, Piraterie gegen Fischerboote, und Morddrohungen gegen Personen in anderen Ländern, die Verbindungen nach Kuba haben. Selbst die Polizei von Miami schätzt diese Gruppe als „eine der gefährlichsten und aktivsten Organisationen“ ein.

BRIGADE 2506: Von der CIA gegründete militärische Gruppe unter dem Kommando von Batista-Anhängern zur Invasion in der Schweinebucht. Ihr jetziger Boss, der CIA-Agent Félix Rodríguez Mendigutía, gab 1967 den Befehl zur Ermordung Che Guevaras.

BROTHERS TO THE RESCUE: Gegründet vom CIA-Agenten und Terroristen-Führer José Basulto. Die Gruppe organisierte dutzende provokativer Flüge über Kuba, bei denen im Februar 1996 zwei ihrer Flugzeuge abgeschossen wurden.

COMANDOS F-4: Gegründet 1994 von CIA-Kollaborateuren. Ihr Leiter agiert im spanischsprachigen Fernsehen von Miami. Die Gruppe ist an Terrorakten gegen Venezuela beteiligt.

COMANDOS L: Gegründet 1962 von Tony Cuesta del Valle unter Anleitung der CIA. Die Gruppe führte Ende der 1990er Jahre mehrere Angriffe gegen kubanisches Territorium aus.

CORU: Gegründet im Juli 1976 von Orlando Bosch auf Geheiß des damaligen CIA-Chefs George Bush sen. CORU führte hunderte von Anschlägen in 25 Ländern durch.

CUBA INDEPENDENT AND DEMOCRATIC: Gegründet 1980 von Huber Matos. Diese Organisation unterhielt Verbindungen zu den nicaraguanischen Kontras und zum Drogenhandel.

CUBAN AMERICAN NATIONAL FOUNDATION: Gegründet vom CIA-Agenten Jorge Mas Canosa. Sie ist die einflussreichste Organisation der kubanischen Gemeinde in Miami, hat die Terror-Anschläge von Luis Posada Carriles (1997) und andere Terror-Akte finanziert.

CUBAN LIBERTY COUNCIL: Gegründet im September 2001. Durch eine enge Verbindung zum US-Senator Mel Martinez genießt die Gruppe gute Beziehungen zum Bush-Clan. Sie unterstützt offen Luis Posada Carriles und seine Komplizen.

DEMOCRACY MOVEMENT: Gegründet von Ramon Saul Sanchez Riso, einem früheren Mitglied von Omega 7.

OMEGA 7: Gegründet 1975 von Eduardo Arocena. Wird vom FBI als gefährlichste Terrorgruppe in den USA beschrieben.

PODER CUBANO: Gegründet 1967 von Orlando Bosch, führte 44 Angriffe in den folgenden zwei Jahren durch.

ROSA BLANCA: Im Januar 1959 von Rafael Diaz-Balart, enger Mitarbeiter von Fulgencio Batista und Vater der Kongressmitglieder Lincoln und Mario Diaz-Balart gegründete Geheimorganisation.

Die Zusammenstellung stammt aus *Jean-Guy Allard: „Miami FBI Terrorist Connection“*, Verlag Ocean Press

...und wir saßen im Kreis

Alternative Lebensweisen und -projekte – diskutiert im Lindenfels

Viele kamen in den „Grünen Salon“ der Schaubühne, um etwas über Auswege und Projekte aus den gewohnten Lebenswelten zu hören und zu diskutieren. Die Geburtsjahrgänge waren dabei gut durchmischt und die Lebensspanne reichte von – grob geschätzt – 17 bis 70.
Eingeladen hatte attac Leipzig. Die beiden Referenten reisten aus Sachsen-Anhalt an: der Soziologe und Publizist Wolfram Nolte und die Ökologin Gabi Bott. Ihre Wohnadresse ist dort das inzwischen deutschlandweit bekannte Ökodorf „Sieben Linden“. Beide im besten Lebensalter zwischen 40 und 50, studiert und auf der Suche nach Lebensalternativen. Ihr Botschaft war schnell auf den Nenner gebracht: Politisches Engagement ist nur sinnvoll und Veränderungen sind nur möglich, wenn die menschlichen Beziehungen und die Einstellungen zur natürlichen Mitwelt sich grundlegend verändern.
Beide leben das mit inzwischen gut einhundert Leuten in Sachsen- Anhalt. Und da klang es teilweise schon sehr lebenseinschneidend, wenn man fast ohne Strom und die üblichen Stadtgewohnheiten wie eigenes Auto und Fernheizung über das Jahr kommen muss. Auch für die Toilette gibt es in „Sieben Linden“ wassersparende Varianten. Man kauft nicht im Supermarkt, dort gibt es sowieso keinen, sondern baut Lebensmittel und Früchte selbst an. Ihr Ausstieg aus der geldbestimmten Gesellschaft vollzog sich vor Jahren und ihr interessanter Vortrag mit Lichtbildern hatte wahrlich nicht den Anschein einer „spinnerten Ökosekte“. Nein, da machen sich immer mehr Leute Gedanken, weil sie ein Gespür dafür bekommen, dass die kapitalistische Industriegesellschaft, wenn es so weiter geht, langsam aber sicher vor den Baum fährt. Das gilt nicht nur für die ökologischen sondern auch besonders für die sozialen Beziehungen.
„Sieben Linden“ ist nicht als riesige Wohngemeinschaft zu verstehen. Wer es öfter mal „ganz individuell“ braucht, dem bieten sich da auch zahlreiche Möglichkeiten. Aber: Ein Verantwortungsgefühl für den Nachbarn und die Gemeinschaft sollte schon vorherrschen. Das wird auch gelebt, beim gemeinsamen Häuserbauen, beim Bestellen der Felder und beim Bearbeiten der Wälder. Eingeschlossen das Reduzieren und der Verzicht auf überflüssigen Luxus. Den 100 Einwohnern stehen da nur (!) sechs Autos für Besorgungsfahrten zur Verfügung.
Dass ihre Lebensart nicht sofort als Alternative für ein ganzes Land zu sehen ist, wurde in der erfrischenden und lebendigen Diskussion mit den zahlreichen Zuhörern sehr schnell klar. Die sich übrigens nicht im Kreis drehte, obwohl wir im Kreis saßen. Man kann einen Großraum wie Leipzig nicht über Nacht zum Ökodorf verwandeln. Aber: „Steinerne Verhältnisse zum Tanzen bringen“, das versucht „Sieben Linden“ auf seine Art mit Erfolg und mit zunehmender Ausstrahlung über Sachsen -Anhalt hinaus. Und Kinder werden dort übrigens auch geboren. Der Schulweg ist zwar etwas weit, aber der Waldkindergarten gleich in der Nähe. Und: Junge und Alte leben dort miteinander.

Rasch aufgeräumt wurde in der Diskussion auch mit dem Klischee ökologischer Politikferne. Demonstrationen gegen Neonazis, Einmischen in die Diskussionen um Kernkraftwerke, Vorleben sozialerer Verhältnisse ... das sind nur einige der „beackerten“ Politikfelder.
Da der Euro in „Sieben Linden“ auch noch nicht abgeschafft werden konnte, bedeutet das natürlich auch sparsames aber eben ganz anderes Wirtschaften. Es macht schon etwas aus, wenn man für Miete, Wasser und Strom nichts zahlen muss, da in dieser Hinsicht Alternativen gelebt und gesucht werden. Und sollte im Ort jemand unverschuldet in finanzielle Not kommen, dann hilft eine Gemeinschaftskasse, so gut das möglich ist. Tausende Besucher pilgern im Jahr an diesen „Tatort“, um zu sehen, wie es vielleicht anders geht und erweitern somit den eigenen Erfahrungshorizont .
Es gibt natürlich auch die Möglichkeit des Ausstiegs, wenn die Lebensbahn eines Sieben -Lindeners doch noch einmal eine ganz andere Krümmung nehmen sollte. Da trennt man sich nicht im Zorn, sondern die Gemeinschaft versucht den Start – so weit das möglich ist – zu erleichtern.
Der Ort stößt jetzt mit seiner Größe und Einwohnerzahl (annähernd 100) auch an gewisse Grenzen. Man kann nicht grenzenlos expandieren, wenn diese Lebensidee erhalten bleiben soll. Kontakte gibt es übrigens quer durch Europa.
Sollte das alles für Sie wie aus einer anderen Welt klingen, dann zeigt das nur, wie sehr man mitunter schon im üblichen Nachrichten- und Schlagzeilenstrom mitschwimmt. Die attac - Diskussion in der Schaubühne Lindenfels war jedenfalls sehr heutig.

• MIZO

Auf der Suche nach Lebensalternativen. Zahlreiche Zuhörer im „Grünen Salon“ des Lindenfels.
Foto:Helmut Ulrich

Frühling in der Stadt ...

... Spatzen werden Sänger und die Tage werden länger, man spart täglich ein paar Kilowatt ..., sang vor Jahren der Leipziger Frank Schöbel. Dass Wärme und Licht ins Geld gehen, merken in diesen Tagen viele, denen die Betriebskostenabrechnungen ins Haus flattern. Nachzahlungen, die ein großes Loch ins Haushaltbudget reißen, sind fällig. Auch andernorts steigen die Preise Cent für Cent ... in für viele unbezahlbare Höhen.
Wer sein Rad liebt, schiebt es auch an der Pleiße längst nicht mehr, um so mittels Zweirad Tankstellen und Straßenbahnhaltestellen zu umfahren und zu sparen.
Dass derzeit in Leipzig Radfahrer durch eine Jugendbande überfallen werden, um von ihnen Geld zu erpressen, lässt ahnen, in welcher Alltagskriminalität wir uns inzwischen befinden, und wo aber bitteschön auch die Ursachen dafür zu suchen sind.
Andere Lügner und Betrüger sind derzeit wieder in den Straßen unterwegs und stecken Zettel in die Briefkästen: Knapp bei Kasse ..., wir haben einen Job für Sie!
Den entsprechenden Anruf kann man sich sparen.

Das meint ...
Euer Lipsius

Stadtratssplitter

Haushalt beschlossen
Mit großer Mehrheit verabschiedete der Stadtrat den städtischen Haushalt für 2007, wofür auch das Haushalthaltssicherungskonzept bis 2009 fortgeschrieben wurde.

Anfragen von Fraktionen und Bürgern
Dabei ging es um den Stand der Kindertagesstättenbedarfsplanung, die Zukunft des Westbades und der Kongresshalle, die Umsetzung des Konzeptes autoarme Innenstadt, Kürzungen für Eingliederungsmaßnahmen von Langzeitarbeitslosen, Katastrophenschutzpläne und Verhinderung von Wohnungslosigkeit.
(LN WIRD DIESE THEMEN DEMNÄCHST NOCH EINMAL AUSFÜHRLICHER BEHANDELN)

Kleingartenpark West
Nachdem bereits im Südosten Leipzigs mehrere Gartenanlagen zum Kleingartenpark Südost „vernetzt“ worden sind, soll ein ähnliches Naherholungsgebiet nun auch in Lindenau entstehen.

Wildwuchs an Einzelhandelsflächen
Zur Verhinderung von großflächigem Einzelhandel an Standorten, die nicht im Handelskonzept der Stadtteile enthalten sind, wurden entsprechende Veränderungen und Maßnahmen für die Gebiete „Rehwagenstraße“ in Holzhausen, „Holzhäuser-/Breslauer Straße“ in Stötteritz und „Dorfanger“ in Probstheida beschlossen.

Anfragen zu „Inoffizieller Mitarbeit“
Im Auftrag des OBM antwortete Stadtrat Burgkhardt auf eine Anfrage zu bisherigen Ergebnissen des Bewertungsausschusses. Der Ausschussvorsitzende teilte mit, dass außer der Aufforderung zur Mandatsniederlegung der Stadtrat und der OBM keine weitere rechtlichen Handhabe besitzen.

Autoren, Begebenheiten und Paukenschläge

Eine nachgereichte Reportage zur Buchmesse 2007

Man kann dem Zwang des Herumirrens auf den Gängen der Buchmessehallen entkommen, indem man vor dem Passieren der Panzersperren ähnelnden Eingangsschranken, die beim Durchrücken erst den Unterleib beharken und dann ins „Kreuz" schlagen, das umfangreiche Programm hernimmt und sich konkrete Ziele setzt.

SONNTAG 10.00 UHR: GLASHALLE
Annekathrin Bürger, elegant gekleidet in Schwarz mit leuchtend roter Stola, am Revers eine große glitzernde türkisfarbene Brosche, beantwortet Fragen eines Moderators der Süddeutschen Zeitung zu ihren Erinnerungen „Der Rest, der bleibt". Das Gespräch plätschert schwerfällig dahin. 1955 war die Schauspielerin bekanntlich für den Film „Eine Berliner Romanze" entdeckt worden. Danach drehte sie viele Filme, war in der DDR ein Star. Was nun bleibt, wird nicht ganz deutlich. Um es zu erfahren, müßte man die Memoiren käuflich erwerben. Noch kann es sich scheinbar niemand leisten, in Lesungen vorgestellte Bücher wenigstens an die Zuhörer zu verteilen.

10.30 UHR: LESEFORUM B 205/HALLE 3
Der laut Programm „bekannteste Wirtschaftsjournalist Deutschlands", Michael Opoczynski (ZDF-Sendung WISO), stellt sein Buch „Wunderland ist abgebrannt" vor. Der Titel erinnert etwas an das Kinderlied „Maikäfer flieg..." O. spricht über den „Patienten Deutschland". Er möchte Klarheit über die Ursachen der vielen Probleme im Lande schaffen, die so nicht hingenommen werden dürfen. Gleichzeitig will er aber auch Wegweiser sein, vorbei an den „Fallen des Lebens". Zu diesen rechnet er überraschenderweise auch die telefonische Anmache die uns fast jeden Abend heimsuchen. Er gibt Tipps, wie man diese abwehren kann. Einfach den Hörer auflegen, gehört nicht dazu. Der zweite Teil des Buches ist überschrieben – „Wie wir noch zu retten sind". Die Rettung liegt seiner Ansicht nach in der Bildung des Menschen. Die Veranstaltung wird durch das Mitglied einer religiösen Sekte gestört. Auf seinem selbstverfassten Plakat warnt er vor dem grimmigen Zorn des Allmächtigen. Sodom und Gomorrha wären die Zukunft Europas.

11.00 UHR: LESEFORUM F 400/HALLE 3
Das Thema heißt: „Fußball-Literatur gegen den Mainstream." Nur zehn Besucher interessieren sich dafür, „dass wir endlich wieder zu einer den echten Fußballsport betreffenden Berichterstattung zurückfinden müssen". Nicht Wutanfälle von Kahn während der Dopingkontrolle oder der Umzug von Beckham in die USA dürfen im Mittelpunkt stehen. „Rund – Das Fußballmagazin" würde sich von solcher Sensationsmacherei abheben.

12.00 UHR: LESEINSEL JUNGE VERLAGE
Der Autor und Verleger Christoph Fromm liest aus seinem Buch „Die Macht des Geldes". Der von der Moderatorin „Polit-Thriller" genannte fiktive Roman behandelt die Rolle der Banken während der Wende in Osteuropa. Fromm erläutert, wie die Nomenklaturkader in der Sowjetunion durch das Aufzeigen von persönlichen Gewinnmöglichkeiten für die Strategie der Banken geworben wurden.
Etwas später pendele ich zum nahegelegenen ARD – Hörbuchforum, in dem viel Andrang herrscht. Auf dem Podium sitzt der bekannte Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer.
Er stellt sein neuestes Buch vor, dessen Titel an Dale Carnegie erinnert: „Lass es gut sein. Ermutigungen zu einem gelingenden Leben." Darin widerlegt er das Gerede von den Sachzwängen, die es angeblich gäbe und fordert mehr Empörung. Eine Besucherin fragt, ob es überhaupt Sinn hätte, sich gegen den alles zerstörenden Kapitalismus zu wehren. Schorlemmer nennt das „Vorausresignation". Solange wir leben, dürften wir nicht aufgeben. Recht hat er, viele Interessenten nicken. Als ein anderer Zuhörer fragt, was man denn als Einzel-ner konkret tun sollte, verweist er darauf, dass auch er keine Apotheke bei sich hätte, die man einfach öffnen könne. Jeder soll das tun, was er als richtig erkannt hat. Na bitte – der Kant'sche Imperativ hilft immer.
Mich plagt inzwischen ein Durst, als hätte ich selbst in den Foren gesprochen. Ich folge den Wegweisern zur gastronomischen Versorgung. Im Imbiss sind kaum Gäste anzutreffen. Man hat Raum und Luft. Noch darf allerdings auf der Messe geraucht werden. Draußen herrscht herrlich klares und frisches Frühlingswetter, die Sonne strahlte milde Wärme aus.
„Am Sonnabend war hier die Hölle los", berichtet, nachträglich noch entnervt, die Kassiererin im Imbiss-Bereich der Halle 5 auf meine Frage nach den wenigen Kunden. „Heute wollen alle ausschlafen und außerdem – die Sommerzeit."
Die Zeitungen, die überall ausliegen, berichten über noch mehr Verlage, noch mehr Ausstellungsfläche, noch mehr Lese-Veranstaltungen, noch mehr Besucher. Das quantitative Wachstum der Buchmesse sei beeindruckend.

„WIR WOLLEN ZU EINEM UNÜBERHÖRBAREN PAUKENSCHLAG FÜR DIE MITTELEUROPÄISCHE LITERATURWELT WERDEN."

Wolfgang Marzin, Vorsitzender der Leipziger Messe GmbH, in einem Interview.

Über die Wahl des Wortes „Paukenschlag" kann man geteilter Ansicht sein. Allerdings erlebte die Buchmesse dieses Jahr durchaus einige Erschütterungen.
Bei der Verleihung des Leipziger Buchpreises forderte die Moskauer Korrespondentin der FAZ, Frau Kerstin Holm, die Gärten westeuropäischer Kultur gegen die von Russland kommende Steppe zu verteidigen. Prof. Peter Porsch (Die Linke.PDS) sah darin eine Charakterisierung Russlands, die an die Nationalsozialisten erinnert. Am russischen Gemeinschaftsstand, der auch mit künstlerisch beeindruckenden Buchpräsentationen aufwartet, konnte ich jedenfalls nicht den Eindruck einer Versteppung erkennen.
Slowenien ist Schwerpunkt-Gast der Messe. Die „dichteste Dichtung pro m²" lautet selbstironisch das Motto des Musterschülers Deutschlands. Es sei daran erinnert, dass der frühere Außenminister der BRD, Hans-Dietrich Genscher, der sich am 21.03. 07 anläßlich seines 80. Geburtstages als großer Staatsmann feiern ließ, 1991 eine vorschnelle diplomatische Anerkennung des von Jugoslawien abtrünnigen Sloweniens durchsetzte. Es war der Auftakt zur Zerschlagung Jugoslawiens mit allen seinen Folgen. Auf der Buchmesse 1992 war Genscher gezielten Fragen zu dieser Politik geschickt ausgewichen. Heute fragt da niemand mehr nach, aber die Geschichte wird ihn nicht freisprechen.
Günter Grass kritisierte auf der Lesung seines Buches „Dummer August" eine „Entartung des deutschen Journalismus", die sich in der Tendenz zum „Fertigmachen" anderer zeige. Auch wenn man den Begriff „Entartung" nicht akzeptieren kann, liegt er, was den Missbrauch der Pressefreiheit betrifft, richtig Es ist allerdings bedauerlich, dass ihm das erst auffiel, als es ihn selbst betraf. DDR-Bürger kennen dieses Gefühl im jetzigen Osten Deutschlands schon länger.
Es ist ein großer Vorzug der Leipziger Buchmesse: Die vielen, alle Buchgenres betreffenden Lesungen nicht nur in den Hallen, sondern in der ganzen Stadt. Es bietet sich dadurch ein vielfältiges buntes Bild, aus dem der Einzelne nach seinen Interessen auswählen kann. Auf diese Weise erhält auch mancher Autor eine Chance, der nicht in der Presse „vorkommt". • ***M. B.***

60 Treppenstufen zum Buch

LEIPZIGS NEUE im Gespräch mit Autoren und Lesern

Wenn man so will, ein Kraftakt für unsere kleine Redaktion, manche Leser und den Buchverkäufer von RIJAP. Letzterer astete seine schweren Buchkisten genau 6o Stufen nach oben unters Dach des Liebknecht-Hauses, um mit Buchtiteln präsent zu sein. Eine gehbehinderte junge Frau kam zu zwei Lesungen und meinte: Ich schaffe die Treppen schon. Kein Problem.
Die Entwicklung der deutschen Geheimdienste nach 1945, Aufgaben und Widersprüche der DDR-Kampfgruppen, die Lebenswege eines ehemaligen Armeegenerals, die Untersuchung: „Wie antifaschistisch war die DDR?" sowie Kurzgeschichten über Fidel Castro setzten interessante und unterschiedlichste Akzente in den Diskussionen. Während der Buchmessetage gab es weit über 1000 Lesungen und als LEIPZIGS NEUE im Gespräch mit Autoren und Herausgebern war, geschah das zur gleichen Stunde jeweils auch an 30 anderen Orten in der Stadt. Eine harte Konkurrenz, aber es hat sich gelohnt
Alle fünf Buchtitel regten an und auch auf. Das zeigte sich beispielsweise bei Dieter Schulze und seinem „Buch der Kampfgruppen". Dieser Bildband musste einfach den einen oder anderen Zuhörer erregen, zumal, wenn er in der DDR-Geschichte so überhaupt nicht „bewandert" war.
Lebensgeschichten wurden ausgetauscht bei Hans-Georg Löfflers „Soldat der NVA von Anfang bis Ende". Der ehemalige General berichtete sehr emotional über Lebensbrüche und eigene schwierige Erkenntnisse. Das Wort spannend trifft durchaus auf die Vorstellung des Buches „Angriff und Abwehr" zu. Gotthold Schramm und Klaus Eichner beleuchten darin erstmalig die Gründergenerationen der Nachrichtendienste in West und Ost und verwiesen auf das Fortbestehen einstiger Konflikte. Die Untersuchung „Hammer, Zirkel, Hakenkreuz" von Detlef Joseph beschreibt die derzeitigen Versuche, den Antifaschismus der DDR zu delegitimieren. Trotz Sommerzeitumstellung herrschte bei der Sonntagsmatinee über Lebensmomente Fidel Castros solcher Andrang, dass die Stühle kaum ausreichten. Der Journalist Peter Jacobs versprach, mit seinem neuen Buch über Che Guevara wiederzukommen. „Bitte mehr solche Veranstaltungen!", äußerten viele Treppensteiger. • ***M. Z.***

Die Buchautoren Gotthold Schramm (links) und Klaus Eichner (rechts)mit Moderator Michael Zock während der Diskussion zu „Angriff und Abwehr"

Foto: Gerd Eiltzer

Dresdner Bäbe

Hauptstadtbetrachtungen von *G. Hupf*

Märchenhaftes im Tal der Ahnungslosen

Augen zu. Den Kopf leicht nach hinten federn. Träumen. Etwas Musik vielleicht. Smetana geht, Tschaikowski auf jeden Fall...

Plopp! Schon lässt Traumnebel Bilder frei: Ein mächtiger Flusslauf, der durch saftig grüne Täler mäandert, traubenschwere sanfte Hänge fließen dem azurblauen Band entgegen, in üppig blühenden Vorgärten lachen gut gelaunte Menschen vor ihren hellen verspielten Villen...

Plopp! Das ist es, das Dresdner Elbtal. So wie Canaletto es 1748 erblickte und ihm verfiel. Und so, wie es die UNESCO heute noch sieht und fürderhin sehen möchte – und damit ganz gewaltig Staub aufwirbelt. So viel, dass selbst in Berlin heftig gehustet wird. Und warum das Ganze? Wegen einer Brücke, die es noch nicht mal gibt, aber schon rund 28 Mio. Euro gekostet hat und der man den irreführenden Namen eines Schlösschens im Walde gab.

Plopp! Schloss? Wald?? Dornröschen??? Am Schloss ein Elfenbeinturm, darin die Herren der UNESCO, die das Elbtal samt Brückenbauprojekt 2004 mit dem Titel „Weltkulturerbe" schmückten, um im Jahr drauf festzustellen, dass das schnuckelige Tal den Ehrentitel verlieren müsste, würde die Brücke gebaut. In besagtem Wald tappen seit dem Stadtverantwortliche, Landes- und Bundespolitiker sowie Brückenfans und -gegner und können vor lauter Bäumen den Weg zum Kompromiss nicht finden. Und wer macht jetzt das Dornröschen? Die Brücke selbst, deren Bau der Stadtrat bereits vor elf Jahren beschloss, aufgrund kommunalwahlbedingter verschobener Machtverhältnisse kurz darauf aber auf Eis legen musste. So also fiel die kühne 157-Mio.-Euro-Idee in einen tiiiiefen Schlaf. Die Zeit ging dahin, die Hecke wuchs, bis vor zwei Jahren ein Bürgervotum die Stadt verpflichtete, die Waldschlösschenbrücke wach zu küssen. Allerdings ohne auch nur zu ahnen, dass damit der Welterbetitel hops gehen könnte.

Plopp! Da erwachte auch das Welterbekomitee und hob sogleich erneut zu zetern an, dass ein Elbtal mit Brücke ein Elbtal ohne Weltkulturerbetitel sei, worauf der verschreckte Stadtrat den Baubeginn aussetzte, was das zuständige Regierungspräsidium (RP) kurz darauf für rechtswidrig erklärte. Das wiederum ließ Elbflorenz nicht auf sich sitzen und zog dagegen erfolgreich vors Verwaltungsgericht. Darüber ärgerte sich das RP und beschwerte sich in Rumpelstilzchenmanier beim Oberverwaltungsgericht (OVG), welches das Gerichtsverfahren erstmal aus- und auf eine gütliche außergerichtliche Einigung setzte. Unterdessen hatte die Brücke Land- und Bundestag erreicht und sorgte dafür, dass auch der letzte Mensch erfuhr, dass Schilda woanders liegt und warum man Dresden früher „Tal der Ahnungslosen" nannte.

Plopp! Wir schreiben das Jahr 2007. Der Dresdner Brückenstreit hat DSDS den Rang abgelaufen, kein Sender und keine Zeitung kommt mehr ohne das Fünf-Silben-Wort mit dem Wald, dem Schloss und der Brücke aus. Auf RP-Antrag sprach das OVG am 13. März Recht und verfügte: Der flussquerende Klotz aus Stahl und Beton - über 600 Meter lang, 29 Meter breit und künftig knapp 17 Meter überm Wasser - muss gebaut werden. Egal, ob das der Landeshauptstadt nun passt oder nicht. Egal, ob die Dresdener unterdessen lieber ihr Elbtal nebst Welterbetitel erhalten würden oder nicht. Das Ergebnis der Volksbefragung von 2005 sei bindend, „ein Sieg der Demokratie!", jubelt die sächsische Regierung.

Plopp! Sachsens Regierung und Bürgerwille? Huch? Wo war der denn, als Sachsen sich im Bundesrat in Sachen Gesund-heits-reform der Stimme enthielt; als Milbradt und Co. für die Rente mit 67 stimmten? Bei Hartz IV? Beim Mindestlohn? Wo ist der bei der Kreis-„Reform"? Bei Schulschließun-gen?
Dresden jedenfalls will nun das Verfassungsgericht anrufen. Das Auswärtige Amt in Berlin sorgt sich unterdessen um den Ruf Deutschlands in der Weltgemeinschaft und der Herr Steinmeier und die Frau Merkel machen mit der UNESCO einen auf Brückenschlag.

Und wir?

Augen zu. Den Kopf leicht nach hinten federn.
Träumen.
Wunderbar!
Smetana geht,
Tschaikowski auf jeden Fall.

Plopp..., Plopp..., Plopp!

Religiöser Druck:

Harry Potter vom Lehrplan gestrichen

Zur Entscheidung des Chemnitzer Kepler-Gymnasiums, die Lektüre von „Harry Potter" vom Lehrplan einer 5. Klasse zu nehmen, weil Eltern die Verletzung ihrer religiösen Gefühle durch das Buch geltend gemacht haben.

Dieser Akt der Selbstzensur darf nicht Schule machen. Der Schulleiter spricht damit geradezu eine Einladung an religiöse Fundamentalisten aus, den Bildungs und Erziehungsauftrag staatlicher Schulen nach eigenem Gutdünken zu stören. Was wird geschehen, wenn morgen Eltern ihre Kinder vom Sexualkundeunterricht abmelden? Wie wird mit Schülern umgegangen, deren Eltern die Evolutionstheorie für Teufelszeug halten und erwarten, dass die Schule die Erschaffung der Welt in sieben Tagen lehrt, weil das doch so in der Bibel steht? Und dürfen Mädchen nicht mehr am Schwimmunterricht teilnehmen, wenn ihre Familien das für unschicklich halten?
Ich erwarte vom Kultusministerium nicht nur Worte des Unverständnisses, sondern ein klares Bekenntnis zu einem modernen, weltanschaulich unabhängigen staatlichen Schulwesen in Sachsen. Dazu gehört selbstverständlich eine offene Diskussionskultur, innerhalb derer jeder seinen – auch religiösen – Standpunkt einbringen kann. Aber was an staatlichen Schulen gelehrt wird, darf nicht unter dem Vorbehalt der Zustimmung aller möglichen religiösen Glaubensrichtungen stehen. Ich fordere daher den Schulleiter des Kepler-Gymnasiums auf, diese Entscheidung zurückzunehmen. Nach der „Logik" seines Vorgehens müssten auch Grimms Märchen aus den Schulen verbannt werden, da es darin nur so von Hexen und Fabelwesen wimmelt…

• *JULIA BONK*

Hartz IV - Beschwerdehauptstadt

Von der ARGE Leipzig wurden im März 82 861 Leistungsempfänger betreut. Im Vergleich zum Vorjahr fast 500 mehr. Auch die Fakten der Widerspruchsstelle belegen das. Im vergangenen Jahr gingen 14 734 Widersprüche ein, 11 726 wurden abgeschlossen. Stattgegeben wurden 34 Prozent. Beim Sozialgericht verdoppelte sich die Anzahl der Kläger im Vergleich zu 2005. Und der so genannte Ombudsrat ist nicht mehr als ein Feigenblatt. Seine Vertreter sollten für ein Euro pro Stunde Widersprüche bearbeiten.

• *J. S.*

Handlungsbedarf für wen ?

Gegenwärtig werden Schreiben der ARGE Leipziger Land an Betroffene verschickt.
LEIPZIGS NEUE zitiert:
„Ihre derzeitigen Unterkunftskosten überschreiten das Maß der anerkennungsfähigen Kosten für die Unterkunft nach den Vorgaben des Kreises Leipziger Land."
Gedroht wird in dem Brief, die Kosten nur noch bis zum 31. August 2007 zu übernehmen. Ab diesem Zeitpunkt werden die Leistungen „abgesenkt". Das heißt für die Betroffenen: Geld beschaffen oder ausziehen.

SACHSEN-CHRONIK

(22. März bis 3. April)

22. März
Dresden. In Sachsen wird das schönste Dorf gesucht. Bewertungskriterium ist, wie sich die Orte der Zukunft stellen. Am Wettbewerb können Gemeinden bis zu 3000 Einwohner teilnehmen. Initiator ist das Umwelt- und Agrar-Ministerium.
Leipzig. Der Umbau der Universität verzögert sich weiter. Wie das sächsische Finanzministerium mitteilte, wurde dem Generalunternehmer ZÜBLIN gekündigt. Hintergrund sind unter anderem Verzögerungs- und Abstimmungsprobleme.
Leipzig. Die Schriftsteller Ingo Schulze und Saul Friedländer, sowie die Übersetzerin Swetlana Geier sind mit dem diesjährigen Buchmessepreis ausgezeichnet worden. Ihr Bücher: „Handy, dreizehn Geschichten in alter Manier" (Schulze), „Jahre der Vernichtung" (Friedländer), „Ein grüner Junge" (Geier übersetzte Dostojewski).
23. März
Chemnitz. Der Verkehrsausschuss im Bundestag gibt Sachsen eine Mitschuld an der Korruptionsaffäre beim Bau der Autobahn 72. Vizevorsitzender Hettlich sagte der „Freien Presse": Das Wirtschaftsministerium habe tief und fest geschlafen.
26. März
Dresden. Der Streit der Wettiner um 139 Gemälde geht weiter. Der Direktor der Gemäldegalerie sprach von einer ungenauen Rückforderungsliste. Einige Bilder stammen nachweislich nicht aus dem Adelshaus.
27. März
Dresden. Die Stadt testet neue Schutzwände gegen Hochwasser. Im Zentrum wird dazu ein großes Wasserbecken aufgebaut, mit dem Hochwasser simuliert werden soll. Vor fünf Jahren erreichte der Pegel der Elbe den Rekord von 9,40 m.
Leipzig. Die Strombörse meldet Rekorde. Mehr als doppelt so viele Unternehmen wie vor einem Jahr handeln jetzt hier. Viele Kritiker werfen der Institution Preismanipulationen vor.
Morgenröthe-Rautenkranz. Nach fast einem Jahr Bauzeit wurde im Geburtsort Sigmund Jähns die Deutsche Raumfahrtausstellung wieder eröffnet. Die größte Attraktion unter den fast 1000 Exponaten ist ein Trainingsmodul der Raumstation MIR.
30. März
Zwickau. Ungenügende Vorsorge für unsere Jüngsten. Für Zweitklässler rund um die Region Zwickau fielen die notwenigen medizinischen Untersuchungen aus. Laut Informationen der Regionalpresse mangelt es an Ärzten im öffentlichen Gesundheitsdienst.
Taucha. Der bekannte Computerhersteller Lintec verpasste den Sprung in die Gewinnzone. Laut aktueller Bilanz, wurde das letzte Geschäftsjahr mit einem Minus von 3,3 Millionen Euro abgeschlossen.
1. April
Dresden. Sachsen ist eines der letzten Bundesländer, das die Ladenöffnungszeiten ausdehnt. Die Resonanz in Sachsen-Anhalt und Thüringen, die das schon eher taten, ist bisher eher mäßig.
2. April
Leipzig. In einer Kleingartenanlage startete des Projekt „Tafelgärten", bei dem Langzeitarbeitslose in 150 leer stehenden Gärten Ost und Gemüse für die „Leipziger Tafel" anbauen. Laut ARGE sind dafür 40 Stellen geplant.
3. April
Dresden. Nach den Strompreiserhöhungen zu Jahresbeginn steht in Sachsen der nächste Anstieg bevor. Der regionale Energieversorger enso hat beim Wirtschaftsminsterium zum nächstmöglichen Zeitpunkt den entsprechenden Antrag gestellt.

Nazi-Erben im Glück

Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen und Häftlingen im faschistischen Deutschland verletzt nach Auffassung der Justiz nicht Menschenrecht

Den heute hochbetagten NS-Opfern wird für die ohnehin nur banale Entschädigung ihrer Leiden als Zwangsarbeiter ein bürokratischer Marathon abverlangt

Im Januar 2005 hatte vor der 2. Kammer des Verwaltungsgerichtes Dresden ein ungewöhnlicher, in seiner politischen Aussage ernüchternder Prozess stattgefunden.

Angeklagt war das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen (AroV), also der Staat, wegen Ablehnung eines Antrages auf Entschädigungszahlung für ein bebautes Grundstück in Heidenau (Streitwert 39 645,57 Euro) das 1949 von der sowjetischen Besatzungsmacht eingezogen worden war.

Geklagt hatte die Schwiegertochter des früheren Eigentümers, der ein Nazi und Vorstandsmitglied der Elbtalwerke AG Heidenau gewesen und nach dem Krieg von der Besatzungsmacht hingerichtet worden war.

Bei der Firma handelte es sich um einen Rüstungsbetrieb im faschistischen Deutschland, der Funk-, Funkmessgeräte und Elektroaggregate für die Luftwaffe produzierte und jahrelang auch Zwangsarbeiter ausgebeutet hatte.

Die Möglichkeit eines solchen Antrages hatte sich aus dem sogenannten Ausgleichsleistungsgesetz (AusglLeistG) ergeben, das im September 1994 vom Bundestag verabschiedet worden war und verfügte, *dass Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können, auf Antrag durch finanzielle Entschädigung vom Staat, bei beweglichen Gütern durch Rückgabe an die Eigentümer oder deren Erben ausgeglichen werden können.*

Es hebelte damit den in den deutsch-deutschen Verträgen festgelegten Grundsatz aus, wonach die 1945 bis 1949 besatzungsrechtlich und -hoheitlich vorgenommenen Enteignungen fortgelten.

Die Verordnung verbietet allerdings im § 4 Ausgleichszahlungen usw., wenn der *„Berechtigte ... gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen, in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht oder dem nationalsozialistischen oder dem kommunistischen System in der sowjetisch besetzten Zone oder in der Deutschen Demokratischen Republik erheblichen Vorschub geleistet hat.“*

Diesen Tatbestand, im konkreten Fall natürlich das NS-System betreffend, sah das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen durch das Verhalten des früheren Eigentümers erfüllt. Er war Mitglied der NSDAP, als Vorstand leitend in der Rüstungsproduktion tätig und hatte durch Anforderung und Beschäftigung von Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten sowie Kriegs- und Strafgefangenen gegen Grundsätze der Menschlichkeit verstoßen.

Außerdem hatte die 4. Kammer des Verwaltungsgerichtes Dresden in einem ähnliches Verfahren (4K 238/03 vom 15.09.04) diese Tatbestände anerkannt.

Zur allgemeinen Überraschung gab aber die 2. Kammer des Verwaltungsgerichtes Dresdens in dem im Januar 2005 anberaumten Prozess der erhobenen Klage statt und verurteilte das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen zur Zahlung der Ausgleichssumme.

Das Gericht war der Ansicht, dass ein Verstoss gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit nur vorliegt bei nachhaltiger Verletzung der Menschenwürde in ihrem Kernbestand. Voraussetzung hierfür wäre eine besondere Menschenverachtung, Grausamkeit oder gezielte Erniedrigung des Menschen, die vom Beklagten nicht nachgewiesen wurde. Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern allein erfülle den Tatbestand nicht.

Die Klägerin hatte mehrere Gesprächsniederschriften von ehemaligen deutschen Werksangehörigen vorgelegt, aus denen hervorging, dass die Zwangsarbeiter anständig behandelt worden seien.

Auch der Nachweis für „erhebliche Vorschubleistung“ für das nationalsozialistische System wäre nach Meinung des Gerichtes nicht erbracht worden, denn eine solche bezeichnet ein aktives zielgerichtetes Verhalten, das geeignet ist, die Bedingungen für eine Ausbreitung des NS-Herrschaftssystems zu verbessern. NSDAP-Mitgliedschaft und Arbeit im Vorstand eines Rüstungsbetriebes reichen hier nicht aus.

Das ARoV ging gegen dieses Urteil in Revision.

Am 28. Februar 2007 aber bestätigte der 3. Senat des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig unter Richter Dieter Kley in der Revisionsverhandlung das Dresdener Urteil, wobei der Prozessordnung folgend keine neue Prüfung der Fakten vorgenommen wurde.

Unter Zwangsarbeit versteht man allgemein die Nötigung zu unfreiwilliger Arbeit unter Androhung einer Strafe oder eines Übels. Viele Zivilgerichte würdigten in zahlreichen Prozessen die Heranziehung zur Zwangsarbeit als schwere Persönlichkeitsverletzung bzw. Kriegsverbrechen.

Die Massendeportationen während des Zweiten Weltkrieges, insbesondere aus den besetzten östlichen Gebieten, und die menschenunwürdigen Umstände des Einsatzes der verharmlosend „Fremdarbeiter“ genannten Zwangsarbeiter sind eine massive Verletzung der Haager Landkriegsordnung von 1907 und einer der Hauptankla-gepunkte der Nürnberger Prozesse. Der Generalbevollmächtigte für den Arbeits-einsatz (GBA) Fritz Sauckel wurde deshalb 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Betriebe in Deutschland – *Neues Deutschland* listete in den Neunziger Jahren 2500 auf, die Zwangsarbeiter (insgesamt 7 – 11 Mill.) anforderten und ausbeuteten – steigerten dadurch ihren Gewinn und waren mitverantwortlich an den Kreigsverbrechen. Wenige von ihnen beteiligten sich deshalb auch zur Wiedergutmachung an der Stiftungsinitiative Entschädigung von Zwangsarbeitern und gestanden damit ihre historische Verantwortung für die Beteiligung an faschistischem Unrecht ein.

Die Elbtalwerke AG Heidenau, die noch Nebenwerke in Zschachwitz und Zwönitz betrieb, „beschäftigte“ 1943 nach Angaben des Historikers Hans Hundhausen (Chronik des Elbtalwerkes Heidenau) 824 Zwangsarbeiter, die, nicht nur ihrer persönlichen Freiheit beraubt und unter unwürdigen Bedingungen lebend, auch noch für den Krieg gegen ihre eigenen Heimatländer produzieren mussten. 1943 lagen Aufträge in Höhe von 78 Mill. RM vor, was eine Auslastung des Betriebes und die damit verbundene Gewinnerwartung für mindestens zwei Jahre bedeutete.

Es gibt Hinweise, dass in der Firma auch KZ-Häftlinge schuften mussten. Laut Dokumentation „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus“ der Bundeszentrale für politische Bildung forderten die Elbtalwerke KZ-Häftlinge an und erhielten 500 weibliche zugesprochen. In den „Sächsischen Heimatblättern“ 2/85 hatte der Historiker Brenner im Beitrag „Zu den KZ-Verbrechen in den Jahren 42-45 im Raum der Bezirke Dresden und Karl-Marx-Stadt“ auf das Protokoll einer geheimen Vorstandssitzung vom 3. 12. 44 verwiesen, aus dem die Anforderung von KZ-Häftlingen hervorgeht.

Die Argumente der Verwaltungsgerichte liegen auf der Linie der Selbstrechtfertigung der Unternehmergeneration der NS-Zeit und der apologetischen Wirtschaftshistoriker der Nachkriegszeit, erklärte eine Juristin des Amts zur Regelung offener Vermögensfragen, die diesen Fall analysierte.

Man muss also konstatieren, dass sich die Gerichte einreihen in den Trend zur Verharmlosung der Verbrechen in der Nazi-Zeit, den man in Film und Fernsehen, in Dokumentationen u.a. in den letzten Jahren immer mehr feststellen kann.

Hätte es sich bei dem Eigentümer der eingezogenen Immobilie um einen Bürger gehandelt, der später in wichtigen Funktionen der DDR tätig war, wäre – nimmt man die eingans zitierte skandalöse Vermischung von NS-System und DDR im Gesetzestext – das Urteil mit Sicherheit anders ausgefallen.

• MANFRED BOLS

Die NPD und die „kollektive Stigmatisierung“

LN. Die NPD wollte es wieder mal ganz genau wissen. Ihre Datensammelwut ist allemal aufschlussreich. Die Präsenz im Landtag ermöglicht es den Fraktionsmitgliedern Kleine Anfragen zu stellen. Beispielsweise interessiert sich Winfried Petzold für das geplante Holocaust-Museum in Leipzig, das er natürlich sogenannt nennt.

Nun haben wir mit Eva-Maria Stange eine neue Ministerin für Wissenschaft und Kunst, und deren Antworten unterscheiden sich wohltuend knapp von der anderer sächsischer Minister (auch, weil sie nicht zuständig ist oder die Fragen einfach unverschämt sind oder der Neonazi sich sogar als Kriegsgegner ausgibt). LN-Leser kennen Beispiele, wie verdächtig akribisch Stanges Kollegen schon beitrugen, der NPD Informationen zu liefern, die sie schlicht nichts angehen.

NPD-Petzold also hat der Presse entnommen, „als Standort sei der denkmalgeschützte ehemalige Russi-sche Pavillon vorgesehen, der sanierungsbedürftig ist“ und fragt nun die Staatsregierung:

1 . Welche Vorabsprache gab es zu welchem Zeitpunkt zwischen welchen Gremien an welchen Orten mit welchen Ergebnissen für die Errichtung eines sogenannten Holocaust-Museums im Russischen Pavillon auf dem Gelände der alten Messe in Leipzig?

2. Wie hoch werden die Kosten für die Errichtung eines sogenannten „Holocaust-Museums" durch das Kuratorium der Stiftung Holocaust-Museum veranschlagt?

3. In welchem Umfang sollen nach Kenntnis der Staatsregierung der Freistaat Sachsen, die Stadt Leipzig und der Bund für die Kosten der Errichtung eines sogenannten „Holocaust-Museums“ im denkmalgeschützen Gebäude des Russischen Pavillons auf dem Gelände der alten Messe in Leipzig aufkommen?

4. Die Initiatoren des sogenannten „Holocaust-Museums“ wollen laut *Leipziger Volkszeitung* vom 10. 10. 2006, Seite 1, „vor allem auf Emotionen setzen und mit modernsten Ausstellungstechniken arbeiten.“ Inwieweit hält es die Staatsregierung für verantwortbar, daß hier offenbar gezielt Psychotechniken zur Implizierung eines Dauerschuldkomplexes zur seelischen Vergiftung junger unschuldiger deutscher Menschen eingesetzt werden?

5. Der Vorstandsvorsitzende des Kuratoriums der Stiftung Holocaust-Museum, Hans-Jürgen Häßler, führte ... aus, die Stiftung wolle „die Angriffskriege stärker thematisieren und die deutsche Besatzung behandeln“. Wie beurteilt die Staatsregierung ein derartiges Vorhaben der fortwährenden kollektiven Stigmatsierung des deutschen Volkes vor dem Hintergrund des im September 2006 erfolgten Angriffes des Staates Israel auf den souveränen Staat Libanon und der nachfolgenden Bombardierung ziviler Ziele neben dem Einsatz von durch die internationale Staatengemeinschaft völkerrechtlich geachteten Waffen wie Phosphor- und Streubomben, sowie der Besatzungspolitik des Staates Israel gegenüber der arabischen Bevölkerung in Palästina?

Besuch in Vietnam

Die Solidarität geht weiter

Auch dieses Bild verschwindet in der Provinz Nghe An immer mehr, dank der SODI-Trinkwasserprojekte.

Kambodscha, Laos, Mosambik, Kuba, Sri Lanka, Namibia, Irak, Südafrika, Jugoslawien ... Die Liste der Länder, in denen SODI, der *Solidaritätsdienst-international e.V,* als Nachfolger des in der DDR gegründeten Solidaritätskomitees gegen Not und Elend wirkt, ist schier endlos. Immer wieder taucht in der Liste der Hilfsaktionen auch Vietnam auf , das nach Jahrzehnten noch immer unter den Folgen des brutalen, menschenverachtenden und umweltzerstörerischen Krieges der USA leidet.
Kürzlich erreichte unsere Redaktion ein Brief von Kim Hoa und Dr. Rudolf Oelschlägel aus Hanoi, mit der Bitte, ihn zu veröffentlichen.

Liebe Freunde!
Am 22. und 23.Dezember 2006 weilten wir zum dritten Male seit 2002 im Fischerdorf Tien Thuy, Kreis Quyn Luu, Provinz Nghe An (8500 Ew). Diesmal besuchten wir die neugebaute, von SODI und dem BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) finanzierte und am 30. August '06 eingeweihte Grundschule der Gemeinde. Wir wurden überaus herzlich empfangen, viel Freundlichkeit und Wärme umgaben uns. Diese Grundschule ist ein Schmuckstück. Momentan wird sie von über 700 Kindern besucht. 42 Lehrer arbeiten dort, darunter nicht wenige überaus hübsche Lehrerinnen. Und es geht sehr fröhlich zu. Wenn das Zeichen zur Pause ertönt, ergreifen die Kinder ihre Springseile. Dann wird auf dem Schulhof vorwärts und rückwärts gehopst und gesprungen, dass es eine Lust ist, zuzuschauen.
Die Schule legt übrigens größten Wert auf die Umwelterziehung, den Naturschutz. Darum gibt es dort auch einen Schulgarten und, erstmalig in Vietnam, ein Fach Arbeit im Schulgarten.
Der Bürgermeister, Herr Khanh, war unser Gastgeber. An nichts ließ man es fehlen Dabei wusste man sehr genau, dass das Geld für die Schule ja gar nicht von uns persönlich kam, sondern von SODI und dem BMZ. Wenn man uns dankte, dann deshalb, weil wir Tien Thuy überhaupt erst einmal mit einem Objektvorschlag ins Gespräch gebracht haben. Wer – außer uns – kannte in Deutschland vorher dieses Dorf am Ufer des Pazifiks?
Welche Umstände hatten uns bewogen, das unbekannte Tien Thuy für diesen Schulneubau vorzuschlagen? Tien Thuy hatte im Krieg um die nationale Befreiung unter den Bombardements der US-Army außergewöhnlich stark gelitten. Es sollte verhindert werden, dass die Fischer mit ihren kleinen Holzbooten den Partisanen im Süden Nachschub lieferten und verwundete Kämpfer zur Behandlung in den Norden brachten. Also wurde das Fischerdorf „in die Steinzeit zurückgebombt". Die Bevölkerung floh in die Höhlen der umliegenden Kalksteinfelsen. Doch die Amis bewarfen deren Abhänge mit Vakuumbomben, so dass es vielen der dorthin Geflohenen die Lungen zerriss. Aber auch diese barbarische Kriegführung hielt die Überlebenden nicht davon ab, ihren Landsleuten im Süden zu helfen. Frau Huong, mit der wir 2002 im Garten ihres wiederaufgebauten Elternhauses darüber sprachen, war in dieser Zeit Soldatin. Heute ist sie Frau eines Fischers und Mutter von vier sehr gut erzogenen Kindern. Sie verkauft den Fang ihres Mannes auf dem Markt und sichert so den Etat der Familie. Die Kinder selbst mussten immer tüchtig zupacken.
Im Laufe des Gespräches zeigte sie uns ein großes Foto der schönen, neuerbauten christlichen Kirche, die über die Bucht hinweg zu sehen ist. Für diese hat jeder im Dorfe zwei Jahre lang pro Tag zwei Cent gespendet. Das ist sehr viel für hiesige Verhältnisse. Da musste ich einfach fragen: Huong, bist Du Katholikin? Nein, wehrte sie ab. Wir sind nicht in der Kirche! Aber die Katholiken haben mit uns für die Unabhängigkeit gekämpft und dabei ihr Gotteshaus verloren. Da mussten wir ihnen doch auch helfen. Heute sind alle stolz auf dieses Gemeinschaftswerk.
Wenig später wurde ich zufällig Zeuge, wie Huongs zwölfjährige Tochter Tran ihrem 93jährigen, hinfälligen Opa bei der Abendtoilette half. Eine heikle Aufgabe für ein Kind, die aber Tran mit großer Selbstverständlichkeit und Freundlichkeit erfüllte. Erst als sie mich erblickte, war ihr das Ganze peinlich. Aber das vergaß sie, als ich ihr half, den Opa aus dem Garten über die steilen Stufen ins Haus und ins Bett zu bringen.
Für mich waren all das kleine Beispiele jener großen Solidarität, die Ho Chi Minh angemahnt und als Quelle und Unterpfand künftiger Siege bezeichnet hatte. Wie viele Beispiele erlebten wir damals 2002 in diesem kleinen Dorf. Und so reifte bei uns der Gedanke: Sollte es einmal möglich sein, Tien Thuy solidarische Hilfe zukommen zu lassen, so werden wir uns dafür einsetzen.
So kam es schließlich zum SODI-Projekt „Neubau einer Grundschule in Tien Thuy". Den Lehrerinnen und Lehrern dieser eben übergebenen Grundschule habe ich die vorstehende Geschichte erzählt. Die meisten von ihnen wurden ja selbst erst nach dem Kriege geboren. Darum erlaubte ich mir auch den Hinweis: Sucht die eigentlichen Initiatoren dieses Schulneubaus im eigenen Dorf! Sie leben unter Euch! Sorgt vor allem dafür, dass die charakteristische innere Kultur und Freundlichkeit dieses Dorfes in allen Euch anvertrauten Kindern fortlebt!
Mir standen aber nicht nur Worte zur Verfügung. Am Tage unserer Abreise aus Deutschland hatte mich noch ein Freund gebeten, in Hanoi auf seine Rechnung einige künstlerische Arbeiten zu besorgen und in Tien Thuy als Beitrag zur Ausgestaltung des Schulgebäudes zu übergeben. Das tat ich gern und löste damit große Freude aus. Prof. Dr. Hans John, ehemals an der Musikhochschule Dresden tätig, half mit seinem Beitrag eine Lücke schließen, die oft bei Soli-Projekten bleibt. Aber auch sonst ist noch viel zu tun. Die Gemeindevertreter und die Lehrer werden die Schule noch ausbauen. SODI wird in Tien Thuy und anderen Orten Vietnams weiter kräftig Hilfe zur Selbsthilfe leisten und rechnet dabei, wie stets, auf die Unterstützung seiner treuen Freunde.
Am 23. Dezember, dem zweiten Tag unseres Aufenthalts vor Ort, begleitete uns Herr Khanh zur engeren Heimat von Nguyen Du (1765-1820), einem der großen Nationaldichter Vietnams, der Schöpfer des Versepos „Das Mädchen Kieu". Viele Vietnamesen können daraus ganze Passagen frei zitieren. In den letzten Jahren ist bei Vinh, dort wo seine Vorfahren lebten und er selbst zuhause war, ein sehr beeindruckendes Memorial entstanden. Eine der vielen Nachfahrinnen des Dichters (in der 8. Generation) führte uns. Sie war sehr erstaunt, dass ich das Poem kannte und wir Freunde seines deutschen Nachdichters, Franz Faber, sind. Vor allem für ihn, Franz Faber, haben meine Frau und ich dort viele Fotos gemacht. Er selbst kann ja die Gedenkstätte nicht mehr besuchen, wurde am 13. September 2006 schon 90 Jahre alt. Damals ist er von vielen Freunden, vor allem aber vom vietnamesischen Botschafter in Deutschland und seinem Stab, hoch geehrt worden.
Den größten deutschen Blättern war dieses Ereignis allerdings keine Notiz wert. Franz stammt zwar aus Köln, wirkte aber eben seit 1954 mehrere Jahre als Journalist der DDR in Hanoi. Und das als ehemaliger Offizier der Wehrmacht, der in der UdSSR in Gefangenschaft war! Ho Chi Minh selbst schenkte ihm ein Exemplar des Poems von Nguyen Du und bat um eine adäquate Übersetzung. Er fürchtete immer, dass die Deutschen aus dem Mädchen Kieu ein Gretchen machen könnten. Aber die Furcht war unbegründet. Die Übersetzung von Irene und Franz Faber ist mustergültig und bisher in ihrer Qualität unerreicht. Leider fehlt schon lange eine Neuauflage des Buches.
Zum Schluss eine Bitte. Verbreitet diesen Brief unter Freunden und Gleichgesinnten, fördert auch so die internationale Solidarität.

KIM HOA UND DR. RUDOLF OELSCHLÄGEL

Vom Solidaritätkomitee der DDR zum SODI

Wenige Beispiele großer Solidarität:

1989
Die letzten großen Hilfsaktionen des Solidaritätskomitees der DDR sind die materielle Unterstützung der Befreiungsbewegung SWAPO im UN-Unabhängigkeitsprozess Namibias und Hilfe für notleidende Menschen in Rumänien nach dem Sturz des Ceausescu-Regimes.

1990
26. Juni: Der Arbeitsausschuss beschließt die Umbenennung des Komitees in Stiftung Solidaritätsdienst - international e.V. (SODI) zum 15. Juli.
„Solidarität", ehemals Bulletin des Solidaritätskomitees, erscheint als monatliches Informationsblatt von SODI weiter.

1991
Trotz Anfeindungen und Treuhandblockade setzt SODI seine Tätigkeit fort. Unterstützung eines Seminars verschiedener Nichtregierungsorganisationen zum Thema „Rassismus in Südafrika und hier" (März);
Übergabe von Medikamenten und Nahrungsmitteln für kurdische Flüchtlinge im Irak und Iran durch Prof. Günther;
Nothilfe für Opfer einer Dürrekatastrophe in Angola, einer Cholera-Epidemie in Peru und einer Hochwasserkatastrophe in Kambodscha;
Unterstützung für SODI-Stipendiaten, die in Wittenberge Opfer ausländerfeindlicher Attacken geworden waren;
Übergabe einer Pumpstation für die Bewässerung von Reisfeldern an die Kooperative Trung Hung, Einrichtung einer Orthopädiewerkstatt in Vinh u. v. m. (Vietnam);
Ausbau des Kinder- und Waisenheimes Kun (Laos).

1992
Ein gerichtlicher Vergleich zwischen SODI und Treuhandanstalt ermöglicht die Fortsetzung der Solidaritätsarbeit und die Sicherung einer zweckdienlichen Verwendung der Solidaritätsspenden ehemaliger DDR-BürgerInnen. SODI stellt 33 Mio. DM aus seinem Vermögen für eine zu gründende Stiftung zur Verfügung. Die Erträge sollen die entwicklungspolitische Arbeit von Nichtregierungsorganisationen ausschließlich in den neuen Bundesländer fördern;
SODI wird zum neunten Mal das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen verliehen;
5000 Brillen für die augenärztliche Grundversorgung im Norden Namibias der Oshana-Region werden übergeben.

2003
Der erste Spatenstich zum Bau eines Kindergartens in Ai Tu. Gleichzeitg läuft ein integriertes Programms zur Minenräumung und zu Wiederansiedlung an.

2004
Der Bau des 3. Dorfes des Friedens und der Solidarität Cong Trung in Vietnam beginnt.

2005
Versendung eines Containers mit medizinischen Materialien für Sozial- und Gesundheitseinrichtungen sowie mit Hilfsgütern für Hurrikan-Opfer nach Kuba.

2006
Bilanz zum 20. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl: Kur- und Ferienaufenthalte für 5000 strahlengeschädigte Kinder.

2007
An der Südküste Sri Lankas wird das Öko-Dorf Warakapitiya bei Weligama in einer feierlichen Zeremonie an 50 Tsunami-Familien übergeben.

Helmut Bräuer, Leipzig

Sprüche und Widersprüche.

Die Sonne heizt den Tag an. Kennt die Aufgeregtheiten der Debattierer um diese und jene Energie nicht. Tempo-Limit – Kerosin – Kraftwerke – Fortschritt – und andere Sprüche. Sonnen sind fern von den Gefechten der Debattierer. Bewerten deren Verbalgeprassel gleichgültig, Gebührend gleichgültig. Und schaffen wortlos Wärme für alle.

Mir ist kalt. Ein Widerspruch?

Ich gehe durch die Stadt. Soeben noch in Eile. Jetzt nicht mehr. Behördenschließzeiten ändern sich – im objektiven Geschäftsverlauf und unter den Sachzwängen des Sparens, abgehoben von der Erfahrungswelt der Behör-den-aufsuchungswilligen und Behörden-aufsuchungspflichtigen, sagt man verordnet.

Also gehe ich durch die Stadt. Nicht mehr eilig. Fragend.

Boomtown – heißen, feiern und bejauchzen die Debattierer den Ort. Andere stehen hinter ihnen. Nur selten im Licht. Prüfen schmunzeld ihre Konten, kneifen die Augen zu Schlitzen und demonstrieren Entschlossenheit mit markigem Kinn.

Weiter. Röhrenbohrerlärm treibt menschliche Besinnlichkeit zum Stadttor hinaus. Was noch? Zwanzig und mehr von hundert treffen sich in den Gassen, zählen die Stunden an den Ecken, lungern an Pfeilern und warten. Worauf? Warum? Zwanzig und mehr von hundert. Immerhin. Arbeitslosengedränge. Sie rechnen sich nicht.

Mein Buchhändler verramscht die letzten Exemplare. Schließt dann. Kapitalmangel. Unweit des Büchergroßmarkts von Dubel und Hugenbach. Ein Buchverkäufer muß flüssig sein und auflegen können, flexibel alle Praktiken handhaben und schnell reagieren, wenn die Kunden wiederkommen sollen. D & H sind flüssig, legen auf, handhaben alle Praktiken flexibel und reagieren schnell. Marktführer. Fast jedenfalls. Die Herren in Schwarz lassen lässig und professionell die Mundwinkel nach unten zucken. Mildern ihre Arroganz – gezielt und angelernt – mit einem leichten Schulterheben etwas ab. Nur etwas, nicht zu viel. Die Konkurrenz beobachtet genau. Auch die Körpersprache. Durch den Glaspalast fließt der Strom der Lesen- und Kaufenkönnenden. Letztere tragen die eigentliche, die welterhaltende Qualifikation in sich. Auf sie kommt es an. Tatsächlich?

DREI GASSEN WEITER RAMMT EISEN GEGEN BETON. Staubfahnen feinen die Stadtatmosphäre auf, machen sie kalkig und schmackhaft. Bis es zwischen den Zäh-nen knirscht. Die Universität wird niedergelegt, um neu aufzustehen. Neu? Einige Eisengeflechte sind widerspenstig. Sie hängen stupide am Alten und Unrechten, ekelhaft Ideologischen, am lästigsten längst Erledigten. Sagen die Debattierer. Vielleicht handelt es sich aber gar nur um Physik. Weiß man es verbindlich? Die Universität, auch meine, hat fette und magere Jahre hinter sich. Seit 1409. Aber indem die Debattierer ihre Sprüche auf das Verruchte richten, das sie geflissentlich als Doppel-Verruchtes verstehen, meinen sie, sich reinigen und vom Bösen freireden zu können. Und schaffen doch nur Widersprüche mit ihren Schuld-Sprüchen. Nirgendwo können Universitäten freigeredet werden, und sei der Haufen der Debattierer noch so groß. Meine Universität hat auch kleine Leute gelehrt und manche gar gelehrt gemacht. Und das zählt viel. Wird die neue Universität das von sich behaupten können, wenn es dereinst wieder Rückbau gibt?

AM BAHNHOF WARTE ICH AUF DIE TRAM. Sie ist modern, schnell, chic, teuer – für die Anschaffer und die Mitfahrer. Die Anzeige zeigt noch wenige Warteminuten an. Eben, wie Anzeigen das so anzeigen. Bleibt Zeit für einen Rundblick. Hinter mir ein Glasfenster zur freiheitlichen Massenbedrängung. Käuferabrichtung. Darin links eine freudige, glückstrahlende junge Familie vor ihrem neuen Haus. Frau und Mann und zwei Kinder – wie auch anders. Überschäumend. Gesunde Zähne, neues Auto, natürlich Marke XYZ, 280 kmh Spitze, rechts die Älteren, milde und abgeklärt, gesunde Zähne, neues Auto vor der Seniorenresidenz, dem Haus der Geborgenheit und des Seelenfriedens für lockere ... Ach Gott! Man soll sich wegen der Kosten nicht in Einzelheiten verlieren. Nebensache. Lauten die wohlabgestimmten Sprüche der Debattierer und ihrer Claqueure.

Vor dem Glaskasten – dicht bei den beiden bekannten Haufen Hundescheiße – breitflächig Kotze über Kotze. Prekariat. Pack, mit anderen Worten. Leute, die sich nicht zu benehmen wissen. Nichts von Ordnung halten. Heißt es unter den Debattierern. Natürlich geschieht solcherlei Malheuer auch oben bei den Reichen und Schönen. Doch dort nur in ihren Stadtrandvillen. Oder in den Vororten. Lärmarm und unöffentlich. Und die Russin – für drei EURO die Stunde – erledigt die Peinlichkeit mit Diskretion.

Widersprüche?

DIE BAHN KOMMT. Ich steige ein. Blättere in einem Text aus der Schließmasse meines Buchhändlers. Und lese: Sprüche machen die Welt nicht besser. Sie kaschieren mancherlei. Widersprüche können ihr aber aufhelfen – wenn sie zugespitzt genug sind und die Leute ihren Sinn begreifen.

Wolfgang Bittner, Köln

Vater Staat oder die allgemeine Politikverdrossenheit

Der Taxifahrer, der mich neulich zum Bahnhof fuhr, war 71 Jahre alt. Warum er noch arbeite, fragte ich ihn; eigentlich nur, um ein lockeres Gespräch zu beginnen. „Nicht aus Spaß am Taxifahren“, erwiderte er. Seine Altersrente nach einem arbeitsreichen Leben betrage lediglich 750, die Miete allein schon 500 Euro.

Er hatte im Laufe der Jahrzehnte 100 000 Mark für sein Alter gespart, so erzählte der Mann weiter. Daraus seien nach der Währungsumstellung 50 000 Euro geworden. Und der Salatkopf im Supermarkt, der vor einigen Jahren noch 99 Pfennig gekostet habe, koste jetzt 99 Cent oder sogar 1,49 Euro, das Brötchen 25 Cent statt 20 Pfennig; ganz zu schweigen von den Benzin-, Heizöl-, Gas- oder Stromkosten. Hinzu komme, dass viele Leute, die früher mit dem Taxi fuhren, dafür heute kein Geld mehr haben.

Keine Geldentwertung? Keine Inflation? Das sei doch lachhaft. Das erkläre uns die Regierung, aber die Realität sehe ganz anders aus. Als ob die Kriege, die man seit einigen Jahren in unserem Namen führt und meint führen zu müssen, aus der Protokasse finanziert werden könnten.

Ein analytischer Kopf, dieser Taxifahrer. „Was kostet es, wenn unsere Kriegsschiffe im Indischen Ozean oder im Mittelmeer vor der libanesischen Küste kreuzen?“, fragt er. „Was kosten die exklusiven Soldatencamps mit Casino, Waschsalon, Kino, Kegelbahn und sonstigen Freizeiteinrichtungen in Afghanistan, im Kosovo oder in afrikanischen Ländern?" Das alles diene – so meinte der Mann – letztlich wohl der Sicherung von Einflussgebieten und Rohstoffquellen, wie es hinter vorgehaltener Hand heiße, und das rechtfertige nach Ansicht der dafür zuständigen Politiker diese Einsätze in aller Welt. Zweifel seien unanständig, über die wahren Kosten erfahre man nichts.

Mein Taxifahrer war wütend auf die Regierung. „Hier ein paar Euro, dort ein paar Euro“, sagte er. Die hohe Miete, Steuern selbst auf die Rente, immer noch Solidaritätszuschlag, Krankenkasse, Verwaltungs- und Bankgebühren und so weiter. Überall werde man abgezockt, sagt er. Alles werde immer teurer und das fürs Alter Ersparte immer weniger. „Wenn der neunzigjährige Vater meiner Frau jetzt ins Pflegeheim kommt“, fügte er hinzu, „nehmen sie uns auch noch den Rest weg“.

Der Mann regte sich auf, bekam einen ganz roten Kopf. „Die da oben haben völlig den Kontakt zur großen Mehrheit der Bevölkerung verloren“, schimpfte er und fragte: „Finanziert der Staat so seine Kriege und seinen orientalischen Aufwand? Schauen Sie sich doch mal an, wie die leben. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse ist von denen niemand versichert.“

Er hat eine Theorie, die recht plausibel erscheint. „Wenn die Inflationsrate steigt“, meinte er, „steigen die Löhne und die Steuerabgaben. Aber parallel dazu werden die Schulden, und damit auch die Staatsschulden und Zinsabtragungen geringer. Das bezahlen wir.“ Er schüttelte den Kopf. „Vater Staat? Dass ich nicht lache. Diese Leute, die an den Futtertrögen sitzen, vertreten uns schon lange nicht mehr.“

Buhs und Bravos ...

Enttäuschender Offenbach – Tänzerisches Balkanfeuer

Einst waren Offenbach-Operetten Erfolgsgaranten der Musikalischen Komödie und auch der Leipziger Oper. Doch ausgerechnet unter der Intendanz des temperamentgeladenen Franzosen Henri Maier kommt selbst der unverwüstliche „Blaubart" beim wohlgemerkt erwartungsfreudigen Publikum nicht an. Auch der vierte von Maier für Offenbach geholte Gastregisseur Ralf Nürnberger schaffte es nicht, den französischen Esprit des Meisters und seiner Librettisten Henri Meilhac und Ludovic Halévy sprühen zu lassen.
Um wie einst Jacques Offenbach mit aktuellen Bezügen zu brillieren zu können, bedarf es nicht aufgepeppter heutiger Kostüme (Claudia Rühle) und Bühnenbilder (Florian Parbs), sondern der geistsprühenden und geschliffenen Dialogführung. Wenn aber im Verlaufe des Abends der stimmlich zunehmend beeindruckende Tenor Wolfgang Aiblinger-Sperrhacke darstellerisch und sprechend bieder agiert, bleibt er der Rolle Wesentliches schuldig. Noch weniger kommt der in der Rolle steckende Witz an, wenn der stimmlich ebenfalls überzeugende Torsten Süring als König Bobèche des Öfteren hysterisch wie Hitler zu keifen hat. Wie es anders gehen kann, führt vor allem Hendrikje Wangemann als resolutes Bauernmädchen Boulotte vor. Mit Angela Mehling (Königin Clementine), Jürgen Kurth (Oscar), Milko Milev (Popolani), Mirjam Neururer wäre mehr zu erreichen, als da zu sehen und zu hören ist.
Offensichtlich wusste Ralf Nürnberger, der nach seiner passablen „Martha"-Inszenierung schon „Die Zauberflöte" mit Albernheiten bagatellisierte, mit Offenbach nichts anzufangen. Dagegen führt Roland Seiffarth Orchester, Chor und Solisten überlegen, erfüllt die Offenbachsche Musik mit Esprit und Klangkultur. Dirigent, Sänger und Musiker wurden am Ende gefeiert. Für das Regieteam gab es kräftige Buhs.

Zwei Tage vorher glänzte das Ballett der Musikalischen Komödie mit „Weltenbummlern" im Kellertheater. Für den ersten Teil haben sich Ensemblemitglieder Choreographien zu Szenen zwischen Paris, Spanien, Ägypten und Lateinamerika erdacht, in denen sie ihre tänzerische und artistische Vielfalt demonstrieren können. Im zweiten Teil führt der Ballettchef Mirko Mahr mit „Balkanfeuer" eine vor Temperament überschäumende deftige Hochzeitszeremonie vor. Da gab es einhelligen Beifall und nach dem Opernchef begannen auch Besucher mit dem Ballett zu tanzen.

• WERNER WOLF

Der Atem stockte ...

Ergreifende Matthäus-Passion - Entdeckung von Hans Rott

Diese Aufführung der Bachschen Matthäus-Passion unter dem Gewandhauskapellmeister Riccardo Chaillys ließ den Atem stocken. Der Dirigent konnte mit dem Dresdener Kammerchor, dem Gewandhauskinderchor, dem Gewandhausorchester und den Solisten wahrlich auch aus dem Vollen schöpfen. Die Chöre waren von Hans-Christoph Rademann und Frank-Steffen Elster bestens vorbereitet. Und für die an der historischen Spielweise orientierte instrumentale Gestaltung konnte sich der Gewandhauskapellmeister auf die vom Thomaskantor Georg-Christoph Biller in den letzten Jahren unspektakulär geleistete gründliche Arbeit stützen.
Gewiss nützte Chailly auch seine Erfahrungen als Operndirigent. Doch er hütete sich, ein theatralisch aufgedonnertes Spektakel vorzuführen, sondern musizierte voller Spannung weithin verinnerlicht. Umso stärker wirkten, wo es das Geschehen gebietet, kräftige Akzente und Steigerungen, dann wieder ganz zart gesungene Choräle. Im für den erkrankten Johannes Chum kurzfristig gewonnenen einstigen Kruzianer Marcus Ullmann hatte Chailly einen Evangelisten, der ebenso differenziert gestaltete. Das gilt gleichermaßen für Klaus Häger als Christus und Stephan Loges als Pilatus, Petrus, Judas und Pontifex. Sophie Karthäuser (Sopran), Bernarda Fink (Alt) und Christoph Genz (Tenor) sangen die Arien überzeugend. Nur Anton Scharinger erreichte mit den Bassarien nicht dieses Niveau.

Ein anderes Ereignis bleibt dem MDR-Sinfonieorchester in seinem fünften Rundfunkkonzert zu danken: Die Erstaufführung der mitreißenden ersten Sinfonie E-Dur des leider nur knapp 26 Jahre alt gewordenen Hans Rott, einem Studiengenossen Gustav Mahlers. Sie klingt über weite Strecken schon wie Mahler, der zu diesem Zeitpunkt noch um seinen Stil rang. Was da teilweise erst keimhaft angelegt ist, konnte Mahler auf seine Weise weiterführen und vollenden. Eine geschliffenere Aufführung dieser Sinfonie als die unter Dennis Russell Davies' würde gewiss noch eindringlicher wirken.

• W. W.

Ein Film-Königskind

Annekathrin Bürger wurde am 3. April 70

Anfänglich wurde ihr Name noch falsch gedruckt. Das kleine „h" fehlte bei Annekathrin in der damaligen Progress- Filmillustrierte zu „Eine Berliner Romanze". Der Familienname Rammelt veränderte sich zum Künstlernamen Bürger. Der kleine Vornamensfehler wurde später rasch und oft korrigiert, denn ihr Gesicht war fortan mehrmals im Jahr auf den Titelseiten der unterschiedlichsten DDR-Zeitschriften zu finden. Die einstige Werbezeichnerin, damals vom Regisseur Gerhard Klein vom Fleck weg engagiert, zählte bald neben Angelica Domröse und Christel Bodenstein zu den bekanntesten und beliebtesten DEFA- Gesichtern. 1960 wurde sie zum Publikumsliebling – so hieß das damals – der Jugendzeitschrift „Neues Leben" von den vielen Lesern gewählt.
Inzwischen lag ein Studium an der Filmhochschule Babelsberg hinter ihr und Annekathrin Bürger spielte richtig Theater auf der nunmehr legendären Bühne der Bergarbeiter in Senftenberg.
Bis heute agierte sie in über 70 Filmen, die zum Teil DEFA-Geschichte geschrieben haben. Wer schon etwas länger lebt, erinnert sich an: „Verwirrung der Liebe", „Königskinder", „Fünf Tage - Fünf Nächte" oder an „Septemberliebe". Eindrucksvoll auch ihre Petra Ledig in der Fallada-Verfilmung des DDR-Fernsehens: „Wolf unter Wölfen".
Eine richtige Hauptrolle gab es noch einmal 1989 in dem Film: „Der Rest der bleibt". Sie spielt darin eine reife Frau, die sich in einen jungen Mann verliebt und die bisher geordneten Lebensbahnen verlässt.Mit ihrem ersten Filmpartner Thein war sie fünf Jahre verlobt, dann trennten sie sich. 39 Jahre war Annekathrin Bürger mit dem Schauspieler Rolf Römer verheiratet, der durch einen tragischen Unfall bei der Gartenarbeit ums Leben kam.
Die kleine Anne kletterte gern auf Bäume und raufte oft mit dem Jungen des Dorfes Hornhausen, wo sie ihre Kindheit austobte. Die große Annekathrin hört gern Vivaldi und liest oft in ihrer Familienbibliothek, die über 4000 Bände umfasst. Das Leben ist jetzt stiller geworden. Die Schauspielerin blieb kinderlos. Schade, dass man heute so wenig über ihr noch mit Römer gestartetes Projekt „Hilfe für Rusissche Kinder" erfährt. „Der denkende Mensch begnügt sich nicht damit, dass es i h m gut geht", zitiert sie Ernst Bloch. Glückwunsch zum 70. und die Hoffnung auf eine neue Hauptrolle!

Annekathrin Bürger und Ulrich Thein in ihrem DEFA-Debüt, das 1956 auch in die Leipziger Kinos kam.

• MICHAEL ZOCK

Anatomie einer Freundschaft

ZEHN JAHRE THEATER FACT sind zehn Jahre sinnlich-unterhaltsames Theater, kleine und große Komödie. Ein Jubiläum (siehe LN 21/2007), welches es zu feiern gilt. Denn dieses feine Theater, mit Frontfrau und Kämpfernatur Ev Schreiber, kennt gute wie schlechte Zeiten - was die Finanzierung betrifft. „Wer nicht auf der Bühne steht, steht am Abwasch", sagte Ev Schreiber, man kann ergänzen: macht den Einlass, den Tresen, die Bedienung.
Zur Jubiläumspremiere - (hinter-) sinnigerweise hat sich Ev Schreiber „Kunst" von Yasmina Reza ausgesucht - ließ es sich selbst der Kulturbürgermeister Girardet nicht nehmen, Worte des Dankes an die „Prinzipalin" zu richten. Allerdings: Warme Worte. Die Gelder von der Stadt wurden gestrichen. Doch Ev Schreiber läßt sich nicht entmutigen. Mit Elan und Gefühl für ihre „kleine Komödie" inszeniert sie den Dauerbrenner von Yasmina Reza. „Kunst" handelt von einem teuren Gemälde: weißer Hintergrund, weißer Vordergrund - Monochromie nennt das der Kunstliebhaber. Ev Schreiber würzt nach: In der Hochburg der hochgeschriebenen, hochgepuschten Leipziger Schule darf ein Seitenhieb auf den hyperventilierenden Kunstmarkt nicht fehlen. Da bekommen ein gewisser Neo und eine Eigen+Art ihr Fett weg. Auf einer anderen Ebene geht es um die Belastbarkeit einer Männerfreundschaft. Serge, der Kunstliebhaber, muss sich Vorhaltungen wegen des „Bildes" von seinem besten Freund und Mentor Marc (Daniel Dubilier) gefallen lassen. Dazwischen wuselt noch der Dritte im Männerbunde, Yvan, der kurz vor der Hochzeit steht und im Bilderstreit vermittelt. Ev Schreiber zeigt die Anatomie einer Männerfreundschaft, Belastbarkeit und Verwundbarkeit. Daniel Dubilier überzeugt als chronisch ehrlicher Marc, seine Kantigkeit und leichte Überheblichkeit ... die Rolle des Abends.
Stanislaw Brankatschk als Serge: im Kimono, ganz der tiefschürfende Kunstkenner. Mit Schwammigkeit und Liebenswürdigkeit stattet Stefan Senf seinen Yvan aus.

• D. M.

Denken an den „Bildermacher"

WOLFGANG MATTHEUER: Am 7. April geboren, am 7. April gestorben, an seinem 77. Geburtstag. Wolfgang Mattheuer (1927-2004), der „Bildermacher" – wie er sich selbst bezeichnete – wäre in diesen Tagen 80 geworden. Die Leipziger Schule – Kunstrichtung, Stilrichtung, Denkrichtung – ist untrennbar mit seinem Namen verbunden. Er lebte nicht „Hinter den Sieben Bergen", er warf einen kritischen Blick auf Verheißungen aller Art, immer dem Widerspruch auf der Spur. Vor und nach der Wende. Alten und neuen Legenden setzte er Farbigkeit und Worte entgegen. Wolfgang Mattheuer reflektierte im Jahr 2002: „Ich habe meine Bilder in größter Freiheit gemacht. So, wie heute das Leben in der DDR meist dargestellt wird, mag das unglaubwürdig klingen. Meine Bilder sind keine Auftragskunst."
Im Halleschen „Kunstverein Talstraße" werden derzeit anlässlich des 80. Geburtstages Arbeiten von Mattheuer gezeigt, das Leipziger Museum der bildenden Künste folgt im Sommer mit einer Sonderausstellung.

• D. M.

Der andere Widerstand

Helmuth James von Moltke und der Kreisauer Kreis

Der Theologe Günter Brakelmann, em. Professor für Christliche Sozialethik und Zeitgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum und langjähriges Mitglied der SPD-Grundwertekommission, der bereits durch zahlreiche Publikationen zum deutschen Widerstand als einer der besten Kenner des Kreisauer Kreises ausgewiesen ist, hat rechtzeitig zum 100. Geburtstag von Helmuth James Graf von Moltke am 11. März 2007 eine auf der Grundlage neuer Quellen beruhende Biografie über den Vordenker des Kreisauer Kreises vorgelegt.

Helmuth James von Moltke, im niederschlesischen Kreisau geboren, wuchs in einer weltoffenen Atmosphäre auf, genoss durch seine Mutter eine vorwiegend britische, liberale Erziehung und engagierte sich schon sehr früh in sozialen und gesellschaftspolitischen Fragen. Von 1927 bis 1929 studierte Moltke Rechts- und Staatswis-senschaften u. a. in Berlin und Wien. Bereits in Wien lernt er durch Carl Zuckmayer die beiden Sozialdemokraten Carlo und Theodor Haubach kennen, die er später in die Arbeit des Kreisauer Kreises einbeziehen wird. 1934 besteht Moltke sein Assessorexamen, verzichtet jedoch 1935 darauf, Richter zu werden, um nicht der NSDAP beitreten zu müssen. Stattdessen eröffnet Moltke in Berlin eine Rechtsanwaltskanzlei. Zwischen 1935 und 1938 hält sich Moltke regelmäßig in Großbri-tannien auf, um in London und Oxford die englische Rechts-anwalts-Ausbildung zu absolvieren.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wird Moltke in der völkerrechtlichen Abteilung der Amtsgruppe Ausland/Abwehr tätig. Er nutzt seinen Einsatz als Völkerrechtler im Oberkommando der Wehrmacht zu subversiven Tätigkeiten; denn von hier aus hofft er, durch Gutachten humanitär auf das militärische Geschehen einwirken zu können. Dabei wird Moltke von NS-Gegnern wie Admiral Canaris und Generalmajor Oster unterstützt. Dennoch, er war nur ein „machtloser Mann im Vorzimmer der Macht" (Brakelmann). Bald schon beginnt er daher einen Freundeskreis aufzubauen, dem Katholiken wie Alfred Delp, Protestanten wie Harald Poelchau und Eugen Gerstenmaier, Sozialdemokraten wie Carlo Mierendorff und Theodor Haubach, sowie Peter Yorck von Wartenburg und Adam Trott zu Solz – um nur einige zu nennen – angehören.

Die Arbeit der Kreisauer hat Moltke in einem Brief vom 1. Juni 1940 an seine Frau Freya folgendermaßen definiert: *„Es ist unsere Pflicht, das Widerliche zu erkennen, es zu analysieren und es in einer höheren, synthetischen Schau zu überwinden und damit für uns nutzbar zu machen. Wer davor wegsieht, weil ihm entweder die Fähigkeit fehlt zu erkennen oder die Kraft, das Erkannte zu überwinden, der steckt den Kopf in den Sand."*

1942 bis Sommer 1943 lässt sich als die eigentliche Programmphase der Kreisauer um Moltke bezeichnen. In dieser Zeit wurde über die Grundsätze für eine rechtsstaatliche Neuordnung, für die Bestrafung von Rechtsschändern und für die Wiederherstellung der Rechtsordnung nachgedacht und daran gearbeitet. Dabei formulierten Moltke und die Kreisauer vier konstitutive Grundelemente einer künftigen Rechts- und Staatsordnung: a) die christliche Religion; b) die humanistische Bildung; c) die sozialistische Gesinnung sowie d) die historische Bindung.

Im Gegensatz zum bürgerlich-militärischen Widerstand um Goerdeler und Beck ging es den Kreisauern nicht nur um die Überwindung des Nationalsozialismus, sondern um eine geistig-religiöse Erneuerung.

Schon bald sollte sich herausstellen, dass Moltkes Haltung und seine Einsprüche gegen völkerrechtswidrige Befehle nicht gefahrlos waren. Am 19. Januar 1944 wird Moltke von der Gestapo verhaftet und zusammen mit anderen Mitgliedern des Kreisauer Kreises vor den Volksgerichtshof unter Roland Freisler gestellt.

Am 11. Januar 1945 wird Moltke zum Tode verurteilt. Zwölf Tage später – am 23. Januar 1945 – wird er im Zuchthaus Berlin-Plötzensee hingerichtet.

In einem Brief aus der Gestapo-Haft an seine beiden Söhne hat Moltke seine Motivation zum Widerstand begründet: „Seitdem der Nationalsozialismus zur Macht gekommen ist, habe ich mich bemüht, seine Folgen für seine Opfer zu mildern und einer Wandlung den Weg zu bereiten. Dazu hat mich mein

Gewissen getrieben – und schließlich ist das eine Aufgabe für einen Mann."

Es ist das besondere Verdienst von Günter Brakelmann, dass er den Weg Moltkes kenntnis- und faktenreich nachgezeichnet hat. Dabei hat er besonders eindringlich die zunehmend stärker in den Vordergrund tretenden religiösen Motive, die Moltke in den Widerstand geführt haben, herausgestellt.

• WOLFGANG BRINKEL

Günter Brakelmann: Helmuth James von Moltke 1907–1945. Eine Biografie. C.H. Beck: München 2007, 432 Seiten, 60 Abb., 24,90 Euro

Sorgen mit der parlamentarischen Demokratie

Der Leipziger Historiker Prof. Dr. Werner Bramke, ehemaliger Abgeordneter in der PDS-Fraktion des Sächsischen Landtags, entwickelt seine Gedanken zum gegenwärtigen Zustand der Demokratie in unserem Lande aus persönlichem Erleben und unmittelbarer Beobachtung – zu einem Zustand, der ausschlaggebend war für seinen Mandatsverzicht vor vier Jahren: *„Die immer stärker werdende Dominanz der Exekutive und, damit verknüpft, der Wirtschaft über die Politik drängen ... die Parlamentsarbeit an den Rand des politischen Geschehens."* Was er damals als Grund für seinen Schritt angab, ist heute Kerngedanke des Buches. Dennoch drückt er nicht nur persönliche Befindlichkeiten aus, er geht zugleich als Historiker an die Thematik heran, betrachtet die Landespolitik stets mit Blick auf die Bundespolitik und gesamtgesellschaftliche Prozesse.

Bramke reflektiert zunächst seine politische Biographie bis zur Wahl als Landtagsabgeordneter und beschreibt dann seinen Einstieg als Parteiloser in die Arbeit der PDS-Fraktion, in der er auch innere Konflikte sieht, die sie leicht von ihrer eigentlichen Aufgabe ablenken können. Nach einem „Der Schatten des MfS" überschriebenen Kapitel wendet er sich einzelnen Apekten der Parlamentsarbeit zu, zunächst dem speziellen Arbeitsgebiet, auf dem er auch als Ausschussvorsitzender wirkte: der Wissen-schaftspolitik. Er schildert ausführlich die Situation und die Entwicklung auf diesem Gebiet, die Arbeit der zuständigen Mi-nister wie auch seine eigenen Be-mühungen in engem Kontakt mit Forschern, Hochschullehrern und Studenten und beklagt, wie wenig er als Oppositionspolitiker bewirken konnte. Das Marktverhältnis von Politik und Wissenschaft müsse entkoppelt werden.

Der Autor beschreibt Biedenkopfs *„Leuchtturmpolitik in Deutschlands ältester Industrieregion"* und ihre Folgen, bei der sich die *„Ohnmacht der Abgeordneten* (erwies), *auf die Wirtschaftspolitik bestimmenden Einfluß zu nehmen"*.

Einer kritischen Analyse unterzieht der Historiker Bramke die bundesdeutsche und sächsische Geschichtspolitik und spricht von *„Geschichte als Dienerin der Politik"*.

Weitere Themen sind die Beziehung von Parlament und Medien, das Verhältnis zwischen ostdeutschen und westdeutschen Politikern und der Widerspruch zwischen Demokratie und föderalen Interessen. Dem schließt sich ein Überblick auf das Agieren der einzelnen Parteien im Landtag an. Mancher mag mit diesem oder jenem Urteil Bramkes nicht oder nicht vollständig konform gehen (z. B. wenn er feststellt, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Bezug auf die Zeit des Faschismus seien in BRD und DDR nicht so verschieden gewesen und die geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung sei im Westen der in der DDR überlegen gewesen), generell aber ist sein Streben nach sachlicher, ausgewogener und differenzierter Darstellung des Geschehens erkennbar.

Die Frage „Wie weiter?" angesichts der Krise des Parlamentarismus, die er insbesondere im Rückgang demokratischer Partizipation und dem Vertrauensverlust zwischen Bürger und Staat sieht, beantwortet der Autor vor allem mit der Forderung, *„eine den neuen Bedingungen entsprechende Kapitalismuskritik zu entwickeln und in die Öffentlichkeit zu tragen"*. Er schließt mit dem Satz: *„Nur eine dem demokratischen Sozialismus verpflichtete SPD und eine starke Linkspartei können zusammen eine politische Wende in der deutschen Politik erzwingen."* Doch einen kurzfristigen Ausweg sieht er dabei nicht.

• G. L.

Werner Bramke: Die Krise der Demokratie. Erfahrungen aus einem ostdeutschen Landtag. Faber & Faber, Leipzig 2006. 262 Seiten, 18,00 Euro

Neues von den Schlapphüten

Auch in seinem jüngsten Sachbuch ist Erich Schmidt-Eenbooms Thema der Bundesnachrichtendienst, der für ihn mit keinem Mythos behaftet ist. Da auch der BND – wie alle Geheimdienste – außerhalb der Legalität agiert, ist Kontrolle umso wichtiger.

Dass die Geheimdienste der Bundesrepublik aus dem Ruder laufen können, dafür gibt es aus jüngster Zeit vielfältige Belege. So das Schicksal des Deutsch-Libanesen Khaled el Masri. Er wurde vom CIA illegal aus Mazedonien nach Afghanistan entführt und dort in einem US-Foltergefängnis verhört, dann in Albanien freigelassen. Oder der Fall des Deutsch-Syrers Haydar Zammar, der mit Hilfe von BND, Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt in einem syrischen Foltergefängnis verhört wurde.

Verknüpft mit bundesdeutschen Geheimdiensten ist auch der Fall Murat Kurnaz. Der in Bremen Geborene hat einen türkischen Pass. Bei seinem Aufenthalt in Pakistan wurde er im Zuge der Hatz auf die Hintermänner des Anschlages vom 11. September 2001 verhaftet. Die Pakistaner übergaben ihn gegen ein Kopfgeld dem US-Militär, die ihren Gefangenen über Afghanistan in das Käfiggefängnis auf Guantánamo Bay verschleppten. Erst nach fünf Jahren, am 24. August 2006, kehrte Murat Kurnaz, schwer physisch und psychisch geschädigt, aus der US-Gefangenenhölle nach Bremen zurück. Heute versucht ein Untersuchungsausschuss des Bundestages aufzuklären, wieweit die bundesdeutschen Geheimdienste in diesen Fall verstrickt sind.

Schmidt-Eenboom dokumentiert auch, wie der BND die Wünsche des Irak in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts wohlwollend bediente. Das Kapitel heißt „Das Krokodil füttern – der BND im Irak". Süffisant schildert Schmidt-Eenboom, wie die Partnerschaft begann und auch, dass irakische Offiziere an Bundeswehrhochschulen ausgebildet wurden. Diese versteckte Hilfe des Geheimdienstes zahlte sich wirtschaftlich für die Bundesrepublik aus, die 1978 nach Japan, der zweitgrößte Außenhandelspartner des Iraks wurde.

• KARL-H. WALLOCH

Erich Schmidt-Eenboom: BND – Der deutsche Geheimdienst im Nahen Osten – Geheime Hintergründe und Fakten. Herbig-Verlag, München 2007. 333 S., 22,90 Euro

KALENDERBLATT

Vor 100 Jahren geboren

Wilhelm Häussler

Wilhelm Häussler war Hamburger. Sein Geburtstag ist der 18. April. In der Hafenmetropole erlernte er den Zimmererberuf und wurde 1925 Mitglied der SPD und des Reichsbanners. Er war vor allem im Stadtteil Barmbeck politisch tätig und trug nach der Errichtung der faschistischen Diktatur zum Zusammenhalt seiner Reichsbannerkameraden bei. Er beteiligte sich an der Verbreitung der illegal aus Dänemark eingeschleusten sozialdemokratischen Zeitung *Sozia-listische Aktion*, half gefährdeten Genossen zur Flucht ins Ausland und unterstützte Angehörige inhaftierter Sozialdemokraten. Ehemalige Leser der sozialdemokratischen Presse forderte er schriftlich auf, bei der sogenannten Reichstagswahl 1936 gegen Hitler zu stimmen.

Am 14. Juni 1936 verhaftet, wurde Häussler 1938 zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Haft, die er in Hamburg-Fuhlsbüttel und Bremen verbrachte, wurde er in das „Arbeitserziehungslager" nach Wilhelmsburg verschleppt. Dort kam er am 22. März 1944, wenige Wochen vor der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, zu Tode.

Alfred Kowalke

Alfred Kowalke, von Beruf Tischler, wurde am 11. April 1907 in Rummelsburg bei Berlin geboren. Als Mitglied der KPD, der er 1925 beigetreten war, besuchte er die Marxistische Arbeiterschule. Ende 1931 wurde er Mitarbeiter des ZK der KPD, das ihn 1932 zu einem Studium nach Moskau delegierte.

Im faschistischen Deutschland leistete er vielfältigen Widerstand, vor allem als Instrukteur des ZK seiner Partei. Von Prag aus, wohin er im November 1935 emigriert war, überschritt er oftmals für Monate die Grenze nach Deutschland und unterstützte illegal in Bremen, Chemnitz, Danzig, Dortmund, Halle und Leipzig sowie im Rhein- und Ruhrgebiet die kommunistische Widerstandsarbeit. Im Sommer 1941 fand Kowalke über Werner Seelenbinder, der ihn weitgehend unterstützte, Kontakt zu der von Robert Uhrig geleiteten Organisation. Im Auftrag des ZK stellte er Verbindung zu Rosa Thälmann her, um nähere Informationen über Ernst Thälmann zu erhalten.

Im Februar 1943 wurde Alfred Kowalke verhaftet und im November 1943 zum Tode verurteilt. Am 6. März 1944 starb er im Zuchthaus Brandenburg unter dem Fallbeil.

Abschiedsbriefe an seine Eltern und seine Freundin, geschrieben unmittelbar vor seiner Hinrichtung, belegen, wie ungebrochen er dem Tod entgegen sah. „Es ist heute schönes Wetter, eine Lerche sang mir heute morgen vom kommenden Frühling", schrieb er an seine Freundin Gerda, „schade, ich hätte ihn gern mit Dir erlebt, aber es wird auch ohne mich Sommer werden".

• KURT SCHNEIDER

Vor 90 Jahren: Gründung der USPD

Keine weitere Burgfriedenspolitik mit der SPD

Im Kriegsjahr 1916 vollzogen sich in der deutschen Sozialdemokratie gravierende Entwicklungen. Die Ereignisse überschlugen sich. Am 12. Januar 1916 war auf Drängen des SPD-Parteivorstandes mit 60 gegen 25 Stimmen der Ausschluss Karl Liebknechts aus der Reichstagsfraktion erfolgt. Die Parteiführung wollte damit gegenüber der Regierung ihre Treue zur Politik des Burgfriedens bekunden. Aus Solidarität mit Karl Liebknecht trat am 14. Januar 1916 Otto Rühle aus der Fraktion aus. Am 24. März 1916 wurde weiteren 18 Mitgliedern „die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte" abgesprochen. Am Tag darauf legte Hugo Haase sein Amt als Vorsitzender der Fraktion nieder. Wenige Tage später, am 30. März 1916, schlossen sich die ihrer Fraktionsrechte beraubten 18 Abgeordneten zur „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" innerhalb der Partei zusammen.

64-prozentiger Mitgliederschwund

Nach Angaben Eberts auf der Reichskonferenz der SPD, die vom 21. bis 23. September 1916 in Berlin stattfand, war zu diesem Zeitpunkt die Mitgliederzahl seit 1914 von 1 085 905 auf 395 216, d. h. um 64 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Abonnenten der Parteipresse war von 1 288 092 auf 691 484 und damit um 40 Prozent gesunken. Die Einnahme an Mitgliedsbeiträgen hatte sich um 60 Prozent vermindert.

Unter dem Druck der Ereignisse in der Partei berief schließlich die Arbeitsgemeinschaft für den 7. Januar 1917 eine Konferenz der Parteiopposition nach Berlin ein, um Fragen der Parlamentstaktik und Abwehrmaßnahmen gegen die Parteiinstanzen zu behandeln. Die Mehrheit beschloss eine von Richard Lipinski eingebrachte Resolution, die die Politik des Parteivorstandes und sein Vorgehen gegen die Opposition verurteilte.

Parteiausschluss für Opposition

Der Parteivorstand, bemüht die enorm zugespitzte innerparteiliche Situation unter Kontrolle zu bringen, reagierte sofort. Er bewertete die Zusammenkunft vom 7. Januar 1917 als Bruch des Organisationsstatuts und schloss am 18. Januar 1917 mit 29 gegen 10 Stimmen die Opposition aus der Partei aus.

In dieser Situation erfolgte auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft Ostern 1917, vom 6. bis 8. April, im Gothaer Volkshaus die Gründung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD)". Es sind 143 Teilnehmer anwesend: 124 Delegierte von Wahlkreisen, 15 Reichstagsabgeordnete und vier sonstige Teilnehmer. Der Gründungsparteitag nahm gegen eine Stimme ein von Karl Kautsky verfasstes Manifest an, in dem erklärt wurde, dass sich die Opposition vereint hat, „um ihre Kräfte nicht zu verzetteln, sondern sie im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes zusammenzufassen". Das Manifest orientierte auf einen Frieden durch Verständigung der Völker, ohne Annexionen auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. Es enthielt demokratische Forderungen und verlangte die „gründliche Umgestaltung des herrschenden Regierungssystems". Die Arbeiterklasse wurde aufgerufen, sich zu wappnen „für die großen Kämpfe der Zukunft". Die Februarrevolution in Russland wurde als „leuchtendes Beispiel" genannt.

USPD auch als Abwehr gegen Links

Die Gründung der USPD, der sich die Spartakusgruppe unter vielen Vorbehalten als selbständige Gruppe anschloss, war unter dem Druck der sich zunehmend von der Burgfriedenspolitik abwendenden Parteimitglieder und angesichts der vom SPD-Parteivorstand betriebenen Massenausschlüsse erfolgt. An der Spitze der USPD standen Kräfte, deren Ziel es war, die sich von der Politik der SPD-Führung abwendenden Parteimitglieder aufzufangen und zu verhindern, dass sie der Spartakusgruppe folgten. Die Gründung der USPD war somit gegen die Schaffung einer linken Arbeiterpartei, die vom Geist Karl Liebknechts und Rosa Luxemburg s erfüllt war, gerichtet.

Dennoch, und auch das gilt es zu beachten, hatte sich die USPD zumindest verbal deutlich von der Burgfriedenspolitik abgesetzt. In ihrem Gründungsmanifest, aber auch in anderen Dokumenten wurde die Notwendigkeit einer revolutionären Klassenpolitik betont. Hinzu kam, dass in der USPD ein breites in sich differenziertes Spektrum links-oppositioneller Kräfte vereint war und sie damit eine Plattform für die Politik der Spartakusgruppe zu werden versprach. Eine ihrer Hochburgen wurde Leipzig. Die *Leipziger Volkszeitung* wurde das Hauptblatt der USPD.

Spartakus-Hoffnung ging nicht auf

Die Spartakusgruppe, die in der USPD das unter den gegebenen Verhältnissen relativ noch erträglichste sah, hatte ihr gegenüber erklärt: *„Wir sind mit Euch, wenn Ihr ernstlich kämpft. Wir werden ohne Euch handeln, wenn Ihr Eure Pflicht vernachlässigt."* Die Spartakusgruppe hatte sich, wie Karl Liebknecht auf dem Gründungsparteitag der KPD betonte, ihr vor allem angeschlossen, *„um die wertvollsten Elemente der USP voranzutreiben, um sie zu radikalisieren, um ... zu erreichen, dass möglichst starke revolutionäre Kräfte gewonnen werden könnten für die Zusammenfassung in einer geschlossenen, einheitlichen, revolutionären proletarischen Partei Wir haben uns an dieser Arbeit abgemüht, es war eine Sisyphusarbeit schwierigster Art"*. Monate danach, am 3. Juni 1918, schrieb Franz Mehring an die Bolschewiki: *„Nur in einem haben wir uns getäuscht: nämlich als wir uns nach der Gründung der Unabhängigen – selbstverständlich unter Wahrung unseres selbständigen Standpunktes – ihr organisatorisch anschlossen, in der Hoffnung, sie vorwärtstreiben zu können. Diese Hoffnung haben wir aufgeben müssen."*

• KURT SCHNEIDER

Siehe hierzu Kurt Schneider: Der politisch-ideologische Klärungs- und Differenzierungsprozess in der deutschen Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges und seine organisatorischen Auswirkungen. In: Parteibildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. von Klaus Kinner. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2006.

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENNAMEN verbirgt (48)

Prießnitzstraße

In unmittelbarer Nähe des Diakonissenkrankenhauses verläuft als Nebenstraße der Georg-Schwarz-Straße die Prießnitzstraße. Diesen Namen erhielt sie 1928.

Bei der Erläuterung des Namens muss man etwas „um die Ecke denken", denn sie ist eigentlich nicht nach Prießnitz benannt sondern nach dem Prießnitzbad.

Auf dem Gelände des heutigen Kleingartenvereins Prießnitz-Morgenröte (gegründet 1888) wurde 1907 der „Verein für Volksaufklärung über Gesundheitspflege und arzneilose Hinweise" mit Gartenanlage, Kinderspielplatz und Sonnenbad errichtet. Dieser Verein beschloss Anfang 1912 ein Schwimmbad zu bauen, das bereits wenige Monate später mit beheizbarem Becken eröffnet wurde. Da das gemeinsame Baden von Männern und Frauen verboten war, wurde das Becken durch eine große Schiebetür geteilt.

Mitte der 1960er Jahre übernahm die Stadt Leipzig das Freibad. 1988 wurde es wegen Baufälligkeit geschlossen, doch 1992 als ältestes deutsches Freischwimmbad unter Denkmalschutz gestellt. Da sich keine privaten Sponsoren fanden, musste der Gartenverein es jedoch wenig später beräumen. Dieses Bad nun nannte sich Prießnitzbad.

Und wer war jener Prießnitz? Vincenz Prießnitz wurde am 4. 10. 1799 in Gräfenberg (heute Lazne Jesenik) bei Freiwaldau in Österreichisch-Schlesien geboren. Als jüngstes von sechs Kindern eines Landwirts konnte er keine Schule besuchen, blieb also Analphabet. Als er sich mit 17 Jahren zwei Rippen brach, half er sich, indem er die verletzten Rippen mit kaltem Wasser behandelte. Das war die Geburtsstunde des Prießnitz-Umschlags und zugleich seines Rufs als „Wasserdoktor". 1826 kamen die ersten Kranken von außerhalb zu ihm. Er richtete ein Badehaus ein und behandelte trotz Anfeindungen von Ärzten wohl recht wirksam nur mit Wasser. 1830 baute er eine Kaltwasser-Heilanstalt, die er schon zwei Jahre später erweitern musste. Bis zu seinem Tode behandelte der Wasserdoktor etwa 36 000 Patienten.

Eigentlich erfand er nichts Neues, aber er machte die Hydrotherapie äußerst populär. Neben Wasserbehandlungen gegen alle möglichen inneren Krankheiten und kalten Kompressen empfahl er auch Bewegung und Diäten und setzte auf Abhärtung, Trinkkuren, Klistiere und Bäder. Als er am 28. November 1851 mit 52 Jahren in seinem Heimatort starb, hinterließ er das stattliche Vermögen von 10 Millionen Gulden und das seiner Tochter diktierte „Vinzens Prießnitz´sche Familien Wasserbuch".

• DIETER KÜRSCHNER

Von
KLAUS
HUHN

Sportkolumne

Notieren Sie:

Himmelfahrt Augustusplatz

Hinweise, wie den in der Überschrift, liefert in der Regel die Werbebranche. Heute tut es ein Mann, der in dieser Branche zwar schon viel Staub gewischt hat, nie aber mit der Absicht, zu Reichtümern zu gelangen. Damit ist er ein „Außenseiter", denn wer sich zum Beispiel an Leipzigs Olympiabewerbung erinnert, hat auch noch die Zahlen im Kopf, die damals auf den Schecks für die Werbe-Agenturen standen. Besagter Mann ist in bester Gesellschaft, denn umgeben ist er von vielen, denen eine gemeinsame Sache am Herzen liegt - und sonst nichts!

Worum es geht? Um die Friedensfahrt! Wer der Mann ist? Der Sportredakteur von LN, also ich. Was mich dazu qualifiziert, solche Sprüche zu formulieren? Meine Friedensfahrtvergangenheit! Vor 57 Jahren war ich in Warschau dabei, als die dritte Friedensfahrt gestartet wurde und zum ersten Mal eine DDR-Mannschaft teilnahm. Das war die erste Brücke, die der Sport zwischen Deutschen und Polen fünf Jahre nach dem Ende des Weltkriegs schlug, ganz offen gesagt, eine Pontonbrücke, die keinesfalls den Beifall aller Polen fand. Ich habe oft genug darüber geschrieben, dass ein Leipziger Original mit dem Spitznamen „Schlingschlang" - auf seinem Geburtsschein stand Otto Friese - die Mannschaft damals als Mechaniker betreute, dass er nach der ersten Etappe, die er auf einem Lastwagen zusammen mit einem polnischen Mechaniker verbracht hatte, seine Rückfahrkarte verlangte, weil er dessen pausenlose Hinweise auf die endlosen Ruinen am Straßenrand: "Faschisten! Du Faschist?" nicht mehr ertragen konnte. Wir überredeten ihn, bei uns zu bleiben, und in Prag feierte er mit jenem Polen über alle Termine hinweg Abschied.

Die große Geschichte der Friedensfahrt muss ich nicht beschreiben, in allen Familien sind zumindest Großväter, die an den Straßen gejubelt hatten - ohne, wie das heute gern behauptet wird, dazu kommandiert worden zu sein - und sich noch mancher Episode erinnern.

Nach 1990 geriet das Rennen - niemanden verblüffte das - in politisches Zwielicht und setzte sich dennoch durch, weil Männer wie Täve Schur es mit Elan verteidigten. Sogar Firmen wie „Rotkäppchen" gehörten zu den Sponsoren, der MDR übertrug im Fernsehen und, wenn es nun auch ein Profirennen war, blieb manches vom alten Glanz erhalten. Vor allem blieb es - mit „Lücken" - das traditionelle Dreiländerrennen und bewahrte die Erinnerung an seine tatsächliche Mission: Frieden und Freundschaft zu stärken.

Anfang 2007 kam die Hiobsbotschaft, dass Kommerz-Abenteurer das Unternehmen Friedensfahrt in den Abgrund gefahren hatten. Man hoffte im Stillen auf ein „comeback" 2008, aber dann wuchs der Verdacht, dass mit einigem Eifer der endgültige Untergang betrieben wurde. Die inzwischen landläufigen Vorwürfe wie „Ostalgie" wurden verbreitet, Geldgeber zogen sich zurück und als Täve Schur einen Brief an den Präsidenten des Radsportverbandes BDR schrieb, blieb er ohne Antwort. Der Ex-Bundesminister Scharping demonstrierte seinen Stil von Sport-Demokratie und ignorierte die Anfrage eines zweifachen Weltmeisters.

Alles schien verloren, als urplötzlich eine alle begeisternde Botschaft kam: Die ITF habe die Sache in die Hand genommen. ITF heißt ausgeschrieben Internationale Touristische Friedensfahrt und die wurde 1984 zum ersten Mal auf dem Friedensfahrtkurs Berlin-Prag-Warschau ausgetragen. Radsportbegeisterte trugen der Tradition der „großen" Friedensfahrt folgend, ohne gelbes Trikot und Zeitnehmen alljährlich Etappenfahrten aus und suchten sich ihre eigenen Etappenorte, als die große Fahrt ins Schlingern kam. 2001 kurvte man durch Kuba, 2005 von Berlin nach Split.

Und nun hat der ITF-„Chef" Peter Scheunemann die Sache in die Hand genommen und ruft dazu auf, dass alle Radsportanhänger und Freunde der Friedensfahrt die ursprünglich auf deutschem Boden vorgesehenen Etappen absolvieren. Man ließ einen Aufruf kursieren - „Wenn wir 2007 schon nicht den Sportlern an der Strecke zujubeln können, dann lasst uns doch aus Freude am Radsport, aus Begeisterung für dieses traditionsreiche Rennen selber aktiv werden! Wir wollen helfen, den Friedensfahrtgedanken wach zu halten, um den nötigen Schwung zu einem Neubeginn zu schaffen" - und viele unterschrieben. Als erster - verständlich - Täve Schur. Dann der Sachsenring-Weltmeister Eckstein, der langjährige DDR-Kapitän und Friedensfahrtdirektor Thomas Barth, Detlef Zabel und auch Jens Weißflog. Bemerkens- und begrüßenswert die Unterschriften der Bürgermeister der Etappenstädte: Reiner Schneidenbach aus Klingenthal - Etappenziel am 17. Mai (Himmelfahrt) -, Wolfgang Flögel aus Sömmerda - Etappenziel am 18. Mai, Prof. Dr. Lothar Ungerer - Bürgermeister von Meerane, wo am 17. Mai die Steile Wand auf dem Streckenplan steht - und dazu die Präsidenten der Radsportverbände Sachsen-Anhalts, Günter Grau, Thüringens, Jürgen Beese und die Geschäftsführerin des Sächsischen Radfahrerbundes, Manuela Götze. Inzwischen soll die Liste der Unterstützer dieses Aufrufs sehr lang geworden sein.

Die Idee, die traditionsreiche Fahrt aus „eigener Kraft" vor dem Untergang zu bewahren, wird sicher viele Anhänger finden. Und deshalb: Leipziger sollten sich jetzt schon den 17. Mai notieren. Da wird die erste Jedermann-Friedensfahrt der Geschichte 9 Uhr auf dem Augustusplatz gestartet! Von Täve wird gemunkelt, dass er schon im Trainingslager sei...

Leser werben Leser
Leser werben Leser
Leser werben Leser

Wir haben keine Millionen und auch kein Porzellan, das wir auf Wettiner Art zurückfordern können, um es zu versilbern.

Wir haben 1000 Ideen und ein kleines Team, das im kommenden Jahr fünfzehn wird.

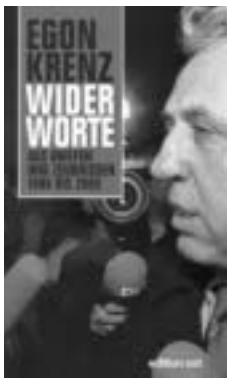
Wir brauchen Ihr Engagement, um unsere Leserschar zu vergrößern

Wir können keine Straßenbahnen besprühen.

Wir wollen auch nicht 1000 Plakate kleben.

Wir setzen auf's Weitersagen und Ihre Leselust.

Aber: Wir öffnen eine große Bücherkiste und spenden jedem LN-Leser für einen neuen LN-Abonnenten tolle, **von den Autoren signierte Bücher und CD**, die uns der **Eulenspiegel Verlag** zur Verfügung stellte. Dankeschön im Namen unserer werbenden Leser.



Außerdem: Wir setzen auf Begegnung und Individualität.

Wir präsentieren LN-Werbern, die uns mindestens zu drei neuen Abonnenten verholfen haben, die **Backkünste** unserer Chefredakteurin nebst ihrer Gesellschaft – und zum Nachtisch **Flimmernde Entdeckungen** aus unserem Film- und Fernsehlink.

Ihr Nachbar, ihr bester Freund, ihr Arbeitskollege, ihr Onkel (und von all denen natürlich die weiblichen Entsprechungen) warten schon darauf, endlich einen Leipzigs-Neue-Aboschein ausfüllen zu dürfen.

Der steht auf Seite 15 und eignet sich auch wunderbar für ein Geschenkabo.

Und:
Nicht vergessen, draufschreiben, wer der Werber war!

Achtung Endspurt!
Unsere Werbeaktion endet zum 1. Mai 2007

„Schwacher Proteststrich“

Vor mir liegt Leipzigs Neue 06/07. Ich bin Jahrgang 1925, war drei Jahre Kriegssoldat und 33 Jahre Friedenssoldat der NVA.
Was mich zu diesen Zeilen veranlasst, ist die Diskussion um das Urteil zu den Nazi-Symbolen. Im bin im Falle Eurer Titelseite anderer Meinung. Vielmehr bin ich zutiefst beunruhigt, dass diese faschistischen Symbole nunmehr öffentlich genutzt werden dürfen. Auf Eurer Titelseite ist eindeutig zu erkennen, wie schwach der „Proteststrich“ ist, im Gegensatz zum fetten Hakenkreuz. Bis 1945 waren Karikaturen von Nazi-Symbolen eine eindeutige Verurteilung des Faschismus – oft unter Lebensgefahr beschrieben und veröffentlicht. Was jetzt geschieht, war absehbar und zu befürchten: Die Braunen werden diese Gesetz-Entscheidung schamlos ausnutzen und die zur Schau getragenen Nazisymbole mit einem dünnen Strich verzieren.
Es zeigt sich wieder einmal: Der Rechtsstaat hat noch nie Antifaschisten gewürdigt und auch dieses Urteil nützt nur den Braunen.
Den erwähnten Jürgen Kamm frage ich, warum, er als Antifaschist ausgerechnet Hakenkreuze für seine Bekleidung nehmen musste ?
Warum nicht z. B. die Friedenstaube, Schwerter zu Pflugscharen, die Weiße Rose, Bilder der Geschwister Scholl und vieles andere mehr. Zum Schluss kann ich nur an Brecht erinnern. Der Schoß ist fruchtbar noch...

KURT KÖPPE, LEIPZIG

Was war schlimmer?

Liest man gegenwärtig die Zeitungen, auch das *Neue Deutschland*, so gewinnt man den Eindruck: Nichts schlimmeres gab es in der deutschen Geschichte als die „Diktatur in der DDR“ und die „Stasi“. Die Journalisten, die meisten weit nach 1945 geboren, mussten zum Glück den faschistischen Krieg nicht erleben. Aber was haben sie denn aus Geschichtsbüchern gelernt? Warum schreiben sie nur über die „Diktatur“ der DDR und über das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit?
Ich, geboren 1928, musste erleben, wie mein Vater, Dr. Felix Bobek, wegen seines Andersdenkens als Kommunist 1935 verhaftet und 1939 hingerichtet wurde. Meine Mutter. Dr. Gertrud Bobek, meine Schwester und ich, überlebten, weil wir 1935 in die Sowjetunion emigrieren konnten und dort, trotz der schweren Kriegsjahre gut versorgt waren.
Wozu heute diese Hetze gegen einen Staat, der aus den Ruinen dieses Krieges von seinen Bürgern mit soviel Hoffnung aufgebaut wurde? Etwa, weil sich zunehmend mehr DDR-Bürger positiv an dieses Land erinnern und den Sozialismus als die bessere Gesellschaftsform erkennen? Weil er für sichere Arbeitsplätze steht, Arbeitslosigkeit und Kürzungen des Arbeitseinkommens und der Renten nicht kennt ...
Sicher hatte das Leben in der DDR seine Schattenseiten. Nun haben wir zwar keine Reisebeschränkungen mehr und keine „Stasi“. Dafür wagen sich immer weniger krank zu melden und an Urlaub können viele überhaupt nicht mehr denken. Statt der „Stasi“ bewachen uns Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und diverse andere Dienste.

EVA MÜLLER, TAUCHA

Nun hat es mit Dr. Volker Külow wieder einen „IM“ erwischt. Er wurde durch den Medienmob abgeschossen, politisch und moralisch und damit persönlich.
Einen kleinen Rückblick ins Wendejahr und die Monate davor: Den Hintergrundinitiatoren war von Anfang an völlig klar, stürzen lässt sich die DDR über ihr Wirtschaftssystem alleine nicht. Vielleicht hat der Hauptträger der Bewegung in der DDR, die Kirche, viel schneller und früher begriffen, wenn die Massen nicht mitmachen, ist ein gesellschaftliches Ziel friedlich nahezu unerreichbar. Mediale Hass-Schürung, gesellschaftliche Ausgrenzung und persönliche Verfolgung, waren von Anfang an Elemente, die DDR weich zu klopfen. Der Angriff richtete sich entsprechend der Revolutionstheorie zuerst gegen den Überbau, die Partei, deren Ideologie und Verwaltung, alsdann gegen Armee, Justiz und Polizei. Hinzu kam der Geheimdienst, der aufgrund seiner überdimensionalen Größe und nur gegenüber der SED verantwortlich, insbesondere die moralische Bastion der DDR und ihren Sozialismus diskreditieren sollte. Die Losung „Stasi in die Produktion“ , die es alsbald nicht mehr geben sollte, folgte die Parole „Stasi raus“.
Massenmedien „besuchten“ enttarnte „IM“ auf ihren Dienststellen live, fragten nach Motivation und Geldgeschenken. Staatsdiener, die noch Tage zuvor Honecker die Schuhe geleckt hätten, forderten seine Verhaftung und Verurteilung. Die Staatsgrenze mutierte medial zur „innerdeutschen Grenze“ und nahm den Inhalt des Annexionsvertrages vorweg.
Nichts ist geblieben von der DDR. Ökonomisch gesehen war sie ein Schnäppchen für die in die Krise schlitternde BRD. Allerdings, was politisch verwertbar ist, wird gehegt. Auch kapitalistische Ideologie braucht einen Feind, und zwar einen Inneren und einen Äußeren. Was bietet sich da mehr an als Stasi und Terroristen, zumal medial da eh kein großer Unterschied gemacht wird.
Ganz am Anfang schwankte mancher hin und her, ob er sich öffnen sollte, sich durch die Weitergabe einer Erfahrung in eine tatsächliche Demokratie einbringen könnte. Diese Gedanke wurden aber schnell fortgefegt, vom medialen Sturm, der alles verfolgt, was nicht kapitalismuskonform erschien.
Aber war der ökonomische Überlebenskampf eines sozialen Gesellschaftsmodells neben dem eines profitorientierten überhaupt zu gewinnen?. Oder wurde der Sozialismus durch die Oktoberrevolution nur etwas zu früh in die humanistische Überlebensvision geschossen?

JOCHEN SINGER, LEIPZIG

Soll man sich in dieses System einbringen ?

Warum Anonym?

Seit einigen Jahren lese ich Eure Zeitung, die inzwischen auch die Meinige geworden ist.
In der Ausgabe von LEIPZIGS NEUE , Nummer 4 / 07, schreibt ARGUS zu Mitgliedern des Paulinervereins, die aus DDR-Zeiten noch bekannt sind und damals „das sozialistische Panier hochhielten und es ihnen oft gar nicht kommunistisch genug war,...“
Warum nennt ARGUS nicht die Namen, um zu zeigen, wie vertrauenwürdig und seriös diese Wendehälse sind. Er soll keine Skrupel dabei haben, denn jeden Tag werden in den bürgerlichen Medien Namen von aufrechten Bürgern, die sich nicht verbiegen lassen, veröffentlicht, und die fast immer verleumdet und beleidigt werden.

BERND PAULI LEIPZIG

Atheismus ist auch Humanismus

Atheismus ist für mich eine humanistische Grundhaltung. Selbstbestimmung, Verantwortung, Solidarität und kritisches Hinterfragen sind Werte für eine persönliche Lebensgestaltung wie auch bei der Frage nach dem Sinn des Lebens. Sinn und Zweck des Atheismus ist, Wissen zu verbreiten und gebildete Bürger zu erziehen. Die Trennung von Kirche und Staat muss selbstverständlich sein. Dabei achte ich die Menschen, die auf der Grundlage ihres Glaubens mit den Menschen aller Religionen und weltlichen Auffassungen ihr Leben mit Toleranz gestalten.
Im Atheismus sehe ich die geistige Befreiung von Unwissenheit und Not, von Kriegen und Unterwerfung unter „höhere“ Mächte. Die Menschheit wurde über Jahrtausende von der Brutalität der Kriege geprägt. Auf unserer Erde wohnen heute 6,5 Milliarden Menschen, der überwiegende Teil will in Frieden und gegenseitiger Achtung leben. Aber dieser Weg ist noch lang. Mancher fühlt sich schon fremd auf dieser Erde, lebt in völliger Ohnmacht gegenüber den brutal waltenden Kräften des Kapitals.
Die derzeitige Missionierung und Christianisierung geschieht teilweise in einer arroganten Diskriminierung des Atheismus, was gewiss zu keinem friedvollen Nebeneinander von Gläubigen und Nichtgläubigen führt.

WOLFGANG BRÄUTIGAM, LEIPZIG

Wanderungen durch Neufünfland

Lenin, Westmark und Luxus

BEI MEINEM AUSFLUG NACH POTSDAM erfuhr ich: Aus dem sogenannten Buga-Volkspark soll augenblicklich eine Lenin-Büste entfernt werden. Jedenfalls fordert das mit entsprechendem Nachdruck die CDU-Fraktion der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung. Die Büste war bei Sicherungsarbeiten auf einem Gelände gefunden worden, auf dem lange sowjetische Einheiten stationiert gewesen waren. Und diejenigen, die sie entdeckt hatten, hielten es für angemessen, sie wieder aufzustellen. Glaubt man den Zeitungen, so soll der CDU-Fraktionschef Steeven Bretz verkündet haben, Lenin habe „nachweislich viele Todesurteile unterschrieben“. Kein Kommentar.
EINMAL AUF DEM WEG, bummelte ich noch bis Kleinmachnow, wo mir 1990 ein schmieriger Münchner eröffnet hatte, dass seine Eltern das Haus, in dem ich damals wohnte, 1948 verlassen hatten, weil im nahen Zehlendorf die Westmark zur Währung geworden war. Und – so der Münchner – deshalb fordere er mich auf, augenblicklich „sein Haus“ zu räumen.
Das erging damals zwei Dritteln aller Kleinmachnower so und weil man Unruhe befürchtete, zog man in aller Eile eine Siedlung hoch, in die die Vertriebenen der deutschen Einheit umgesiedelt wurden. Die steht nicht weit ab von der Schleuse, in der über Jahrzehnte die durch den Teltow-Kanal steuernden Kähne auf die Berliner „Wasserlinie“ geschleust worden waren. Damals, als ich zum Beispiel mein Domizil in Kleinmachnow verließ und Brandenburgs Innenminister Schönbohm ein Domizil in Kleinmachnow bezog, war auch noch ein Günter Krause aktuell, der den „Einigungsvertrag“ aushandelte, danach, zum Dank für den Handel, Bundesverkehrsminister wurde und auf die Idee kam, einen Wasserweg nach Berlin beschließen zu lassen, auf dem auch ozeantüchtige Schiffe verkehren sollten. Eines der wichtigsten Bauvorhaben war jene Schleuse – und ist sie heute noch. Sie müsste in Dimensionen entstehen, die die alten Kanalmaße sprengt. Von Krause spricht schon lange keiner mehr, aber die Schleusenbaupläne liegen immer noch in den Schubladen. Und die Zahl derjenigen, die gegen das abenteuerliche Projekt Sturm laufen, nimmt ständig zu.
GLEICH HINTER DER SCHLEUSE – von Potsdam aus betrachtet – bescherte die Einheit einen kaum zu beschreibenden Luxus-Neubau und in dem rüstet man zur Zehnjahresfeier. Offiziell trägt er den eher nach Bescheidenheit klingenden Namen „Seniorenstift Augustinum“. Aber käme jemand auf die Idee nach den Mieten zu fragen, würde er erfahren, dass Verträge über Appartementtypen und Leistungspakete individuell „gestaltbar“ seien. Und wer weitere Fragen stellen sollte, wird beschieden, dass der Sohn des Stiftgründers einem Journalisten erklärt habe, dass es schließlich kein Manko sei, wenn Menschen für eine „sensible Phase des Lebens aktiv vorsorgen“.Ob er da die Rente ab 67 meinte?

• *KLAUS HUHN*

Die auf der *POST*-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

Rosa Luxemburg

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 11. April, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: ***Die ökologische Bedeutung der Dübener Heide und die ihr drohenden Gefahren.*** Mit Siegfried Jahn, Reuden, Förster in der Dübener Heide i. R.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 11.April, 18 Uhr, Dresden
Filmvorführung und Diskussion: ***Shrinking Cities – Schrumpfende Städte und die kulturellen Möglichkeiten urbaner Brachen.*** Mit Holger Launinger, Filmemacher und freier Journalist, sowie Patrick Pritscha, Stadtrat in Chemnitz. In Zusammenarbeit mit WIR e. V. Dresden sowie Kommunalpolitisches Forum Sachsen e. V.
WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 12. April, 17.30 Uhr, Chemnitz
Vortrag und Diskussion: ***Globalisiertes Chemnitz.*** Mit Thomas Bossack, Greenpeace. Teilnehmergebühr 4 Euro
Stadtteilbibliothek Vita Center, 4. Etg., Wladimir-Sagorski-Str. 20

Sonnabend, 14. April, 10 Uhr, Chemnitz
Forum: ***Rolle und Wirksamkeit von Geheimdiensten im Kalten Krieg und heute.*** Mit Gabriele Gast, Kundschafterin der HVA der DDR, ehemalige Regierungsdirektorin im Sowjetunion-Referat des BND. In Zusammenarbeit mit Rotfuchs e. V.
Rothaus e. V., Lohstr. 2

Montag, 16. April, 20 Uhr, Leipzig
Film, Vortrag und Diskussion – Veranstaltungsreihe der IPPNW / Mediziner in sozialer Verantwortung-Studierendengruppe: ***Gesundheit in einer globalisierten Welt – das Geschäft mit der Krankheit „Dying for Drugs“*** (UK 2003). Vortrag und Diskussion zu Patentierung und dem weltweiten Zugang zu Medizin. Mit Jonas Özbay, Leipzig. In Zusammenarbeit mit IPPNW und GlobaLE 2007
UT Connewitz, Wolfgang-Heinze-Str. 12a

Mittwoch, 18. April, 19 Uhr, Dresden
Vortrag und Diskussion: ***Was sind öffentliche Güter und welche sollten es sein?*** Mit Dr. Jürgen Leibiger, Dresden.
WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 19. April, 17.30 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: ***Nationwerdung und nationale Konflikte in (Ost-) und Südosteuropa. Buchkonzept.*** Mit Prof. Dr. Ernstgert Kalbe, Leipzig.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Bund der Antifaschisten e.V.
- Sitz Leipzig -

BdA

Vom Haus der Wannseekonferenz
zum Konzentrationslager Ravensbrück

Gedenkstättenfahrt 2007

Sonnabend, 9. Juni 2007

7:30 Abfahrt Hauptbahnhof Leipzig
11:00 Ankunft Ravensbrück
14:00 Thematische Veranstaltungen, Filmvorführung, Führung, Gesprächsrunde mit Vertreter der Lagergemeinschaft
17:00 Jugendherberge Ravensbrück
18:00 Abendessen und Freizeit

Sonntag, 10. Juni 2007

9:30 Abfahrt nach Berlin
10:30 Besuch Holocoust-Denkmal
12:30 Haus der Wannseekonferenz, Führung
Vortrag und Diskussion mit Prof. Kurt Pätzold
15:30 Mahnmal für die deportierten Juden am Bahnhof Moabit
19:00 Ankunft in Leipzig

Teilnehmerbeitrag: 70 Euro, ermäßigt 45 Euro
Verbindliche Anmeldung erbeten bis 15. April bei
BdA Leipzig, Eisenacher Str. 72 oder bdaLeipzig@web.de
mit einer Anzahlung von 20 Euro pro Teilnehmer auf
Konto 1182724511, bei Sparkasse Leipzig, BLZ 86055592
Kennwort Ravensbrück

Liebe
Helene Uhlig
zu deinem
80. Geburtstag
am 16. April

gratulieren wir ganz herzlich. Zugleich möchten wir dir für deine jahrzehntelange politische Arbeit danken. Alles Gute, vor allem Gesundheit, wünschen die Genossinnen und Genossen der Linkspartei.PDS, BO 114 / 1

Initiative Christliche Linke

16. 4., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig, Prof. Dr. E. Lieberam, Vortrag und Diskussion: ***„Die Linke“ und die Einheit der Linken***

Deutscher Freidenker-Verband
Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

19. 4., 16.30 Uhr: ***Kritische Anmerkungen zur Rede des Papstes Benedikt XVI. vom September 2006***. Vortrag: Prof. Dr. Horst Pickert

---

SZM
Stadtteilzentrum Messemagistrale
Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

12. 4., 10 Uhr, Volkssingakademie Leipzig ***Frühlingsgruß.*** Eintritt: 6 Euro, 3 Euro m. Lpz.-Pass.
14. 4., 16 Uhr, Puppenbühne Schmidt zeigt für die Kleinen: ***Der gestiefelte Kater.*** Eintritt: 2,50 Euro
19. 4., 15 Uhr, Café mit Thema: ***Musikalische Frühlingsgrüße mit neuen Informationen zu „Pro Wohnen“.***

BUCHHANDLUNG RIJAP
GbR

Literatur für SIE

Im April neu bei uns:

Klaus Eichner, Gotthold Schramm (Hrsg.): ***Angriff und Abwehr. Die deutschen Geheimdienste nach 1945.*** edition ost, 24,90 Euro

Dieter Schulze, Eveline Schulze: ***Das große Buch der Kampfgruppen***. Das Neue Berlin, 19,90 Euro

Uwe Kamenz, Martin Wehrle: ***Professor Untat. Was faul ist hinter den Hochschulkulissen.*** Econ, 18 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.
Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der
Filiale Axispassage
04159 Georg-Schumann-Str. 171
Filiale Eutritzscher Zentrum
04129 Wittenberger Str. 83
Filiale Büchermarkt Mockau Center
04357 Mockauer Str. 123

Carl-Schorlemmer-Apotheke

Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

BSVS
Blinden-und-Sehbehinderten-Verband Sachsen e.V.
Kreisorganisation Leipzig-Stadt

Bitte weitersagen:

WIR SIND ANFANG APRIL UMGEZOGEN in das
HAUS DER DEMOKRATIE

04275 Leipzig, Bernhard-Göring-Straße 152, Zimmer 314,
Tel./Fax: 0341 35 54 26 71 e-mail: leipzig@bsv-sachsen.de
(Nähe LVB-Haltestelle Connewitz, Kreuz)

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:
LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

..... *Name, Vorname*
..... *Straße, Hausnummer*
..... *PLZ, Ort*
..... *evtl. Telefon*

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR.
des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

** Nichtzutreffendes bitte streichen*

..... *Kundennummer*
..... *Name, Vorname*
..... *Straße, Hausnummer*
..... *PLZ, Ort*

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

*Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.*

☐ Ich bitte um Rechnung
☐ Ich bezahle durch Bankeinzug

..... *Geldinstitut*
..... *BLZ*
..... *Kontonummer*
..... *Kontoinhaber*
..... *Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers*

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

..... *2. Unterschrift des Auftraggebers*

☐ *Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises*
☐ *Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)*

Solidaritätspreis: ☐ *Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.*

Wie heißt denn Ihr Auto?

Sie wurden geliebt und geputzt. Sie wurden geschunden und geschont. Sie wurden verschoben und geschoben. Und manchmal waren sie „himmelblau“ wie in jenem Schlager, der bei Heinz Quermann wochenlang in den 70-er Jahren ganz oben in der Hitparade parkte.

Jahrzehnte später ist der TRABANT Kult und hat seinen Bruder WARTBURG somit meilenweit überrundet.

Jens Voigt, geboren 1959 in Oderberg, erwarb, wie so viele, mit 18 Lenzen die Fahrerlaubnis und meldetete seinen Wunsch auf einen Trabbi, bei der zuständigen Vergabe stelle an ... der übrigens nie eingelöst wurde. Der spätere Lehrer bekam schließlich „Alfred“ von den Eltern geschenkt. Und noch immer leistet der im Vier-Personen-Haushalt beste Dienste auf Rädern.

UNSER ALFRED

„Wenn man 20 Jahre lang ein und dasselbe Auto fährt, wenn dieses überhaupt das erste motorbetriebene Gefährt in der Familie war und wenn dieses Fahrzeug ein nimmermüder 41-jähriger TRABANT 601 ist – dann entwickelt sich fast schon zwangsläufig eine innige Beziehung zwischen Fahrzeughalter und Wagen...“, gesteht Jens Voigt auf den ersten Seiten seiner Auto-Erinnerungen.

Und über diese ge- (er)- fahrenen Beziehungen (darf man vielleicht gar von Liebe reden?) schrieb der Mann hinter dem Steuer kleine, amüsante, höchst reale Geschichten.

Da gibt es Trabbi-Witze. Da wird über Geldscheine philosophiert. Da rast der Flitzer mit 115 über die Westautobahn. Da tauchen reiche Amerikaner und Japaner am Horizont auf. Da gibt der Motor auch schon mal seinen Geist auf. Da entpuppen sich die 23 Pferdestärken als wahres Transportwunder

Noch immer kämpfen sich die „Rennpappen“ und „Leukoplastbomber“ durch den Straßenverkehr. Inzwischen überholt von anderen West-Autos, die auch von ihrem Besitzer ab und an „getauft“ wurden. Aber unauslöschlich hat der „Zwickauer“ Kultstatus und ist, wie viele seiner Brüder die das Fließband verließen, einzigartig.

Trotzdem: „Der TÜV-Beamte schaut immer grimmiger und die Herren vom Abgastest denken sich bestimmt auch bald wieder irgendeine Gemeinheit aus.“– jammert Jens Voigt im Nachwort. Trotzdem ist der Schrottplatz für diese Autofahrerfamilie eine Horrorvorstellung. Anfreunden könnte sich Familie Voigt allerdings mit einem Platz im Museum.

Wie ihr „Alfred“ es schluckte, dass er trotz alledem noch einen Zwillingsbruder bekam und wie die Familie ihr „Mitglied“ darauf vorbereitete ... all das ist mit einem wissenden Lächeln oder auch mit einem nachdrücklichen Tippen an die Stirn nachzulesen.

• MIC

Jens Voigt. Unser Alfred – Aus dem Leben eines Trabbis. Mitteldeutscher Verlag Halle/ Saale 2007, 80 Seiten, 7,90 Euro

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Es ist Gottes Wille, dass Deutschland und Polen Nachbarn wurden.
Angela Merkel in Polen 3sat 19. 3.

Nach einer Umfrage in allen Bevölkerungsschichten wünscht sich einer Drittel aller Iraker einen starken Mann an der Spitze des Staates, der dort ein Leben lang wirkt.

In Afghanistan wurden im Jahr 2006 ungefähr 6100 Tonnen Roh-Opium produziert.
beides DLF 19. 3.

Die Hafenbeauftragte der Bundesregierung ist Mitglied der CSU. Wenn sich jemand mit Häfen auskennt, dann sind es bestimmt die Almdudler.
Kabarett im ZDF 20. 3.

In den USA hat ein Professor eine Umfrage unter Gläubigen gemacht. Viele der befragten hielten Sodom und Gomorrha für ein Ehepaar.
DLF 24. 3

Polen ist mit 30 000 Brutpaaren das storchenreichste Land Europas.
3sat 25. 3.

In China lernen 20 Millionen Kinder Klavier spielen.

Die Fernsehbildschirme werden immer größer. Die Dummheit der Programme verteilt sich also auf eine größere Fläche.

Roman Atkinson (Mr. Bean) hat sich in einer psychiatrischen Klinik behandeln lassen.
dreimal 3sat 26. 3.

In der BRD wird jede Woche eine neue Privatschule gegründet. Jeder 14. BRD-Schüler geht bereits in eine solche Schule. Die Eltern zahlen zwischen 400 und 900 Euro Schulgeld monatlich.
ZDF 27. 3.

Immerhin kandidierte sie (Ulla Schmidt) Mitte der Siebziger beim Bundestagswahlkampf im Wahlkreis 53 (Aachen-Stadt) für den Kommunistischen Bund Westdeutschlands und könnte, wenn sie wollte, alle drei Strophen der Internationale singen.
Ernst Röhl im Eulenspiegel 4 / 07

• ENTDECKT VON **MANFRED ERBE**

Der Frühling war über die Erde gekommen, ein leuchtender, sonniger, bunter Frühling. Die Kinder erwarteten das Osterfest. In der Familie des Osterhasen Weißfell herrschte große Aufregung. Ein Teil der Familie war während des Aprilregens an Schnupfen erkrankt. Der alte Vater Weißfell litt an Rheuma, und das ist für einen Hasen eine besonders peinliche Sache. Mutter Weißfell musste dem Alten mit Huflattichblättern Kompressen machen ...

Das Copyright für diese zauberhaften Ostermärchen und andere Tiergeschichten lag 1946 beim Aufbau Verlag in Berlin. Die reizvoll gestaltete Nachkriegsausgabe gehörte zu den „Märchen für große und kleine Kinder“, die ein bekannter Arzt und Autor erdacht hatte, und die gleich nach der Katastrophe des Krieges etwas Freude, nicht nur in Kinderherzen, brachte. Eines der ersten Bücher nach dem zweiten Weltkrieg überhaupt wurde mit Scherenschnitten reich illustriert von Ruth Rejewski.

WER SAMMELTE UND SCHRIEB DIESE OSTERGESCHICHTEN UND WIDMETE SIE EINER MÖWE NAMENS LEILA?

Lösung:

Friedrich Wolf

Apropos Deutschland:

Die Entwicklung in Deutschland vollzieht sich auf einer Stufenleiter,
der von Zeit zu Zeit eine neue untere Sprosse angeschraubt werden muss.

Um in Deutschland Straßennamen zu ändern,
ist eine Revolution notwendig.
Da fragt man sich, was notwendig ist, um Deutschland zu ändern.

R. LOCHNER

Anzeige

BÜROMÖBEL
www.buero-richter.de

Leipzigs NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1,30 Euro, *im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben):* 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax (Redaktion): 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3. April
Die nächste Ausgabe erscheint am 20. April

Spendenkonto
für Projekt Linke Zeitung e. V.
bei der Sparkasse Leipzig,
BLZ: 860 555 92,
Konto: 11 50 11 48 40